



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger:innenbrief

21. Juni 2022

U5 + Tempo 30 + Neue Bildungspläne + Kühnes Opernpläne + 100 Jahre SAGA + Selbstanalyse der LINKEN + Otto Meissner



Raus aus dem Schatten, ab in den Sommer (Foto: Michael Joho)

Liebe Leserinnen und Leser,

Seltsame Zeiten, in denen ausgerechnet der grüne Verkehrsminister Anjes Tjarks die »Stadtbahn-Diskussion langweilig« findet (Mopo, 18.6.) und eisern an der U5-Planung festhält, obwohl doch in einer jüngst vorgelegten Studie der Nachweis erfolgt, dass die Straßenbahn günstiger, effektiver, klimafreundlicher und schneller als die U-Bahn zu realisieren ist (s. den Artikel gleich im Anschluss). Genauso fragwürdig Schulsenator Ties Rabe (SPD), der neuerdings auf noch mehr angeblich glücklich machende »Leistung« und eine wachsende Zahl an schriftlichen Prüfungen abfährt. Fachwelt und Betroffene sind sich einig, dass das vor allem den Druck auf die Schüler:innen und die Bildungsungleichheit verschärfen wird (siehe den Beitrag auf Seite 5).

Seltsame Zeiten, in denen die FDP in der Bundesregierung die Einführung eines Tempolimits auf den Autobahnen blo-

ckiert und zugleich der Koalitionspartner und Wirtschaftsminister Robert Habeck (GRÜNE) die Absenkung der Mindesttemperatur in Mietwohnungen auf 18 Grad erwägt. Die einen fahren halt schneller, die anderen heizen weniger ...

Seltsame Zeiten, in denen ohne erkennbaren Widerspruch unter der Ägide von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mal eben ein 100-Milliarden-Sonderetat für zusätzliche Rüstungsgüter durchgewunken wird (die gigantischste Steigerung des Militärhaushalts ever), aber die lebensnotwendige, drastische Steigerung der Ausgaben für den Klimaschutz und das Gesundheitssystem quasi in der Versenkung verschwunden sein dürften.

Seltsame Zeiten, in denen die Bundesregierung und der Mainstream auf schnellstmögliche Unabhängigkeit von den russischen Erdöllieferungen und immer schärfere Wirtschafts-

sanktionen gegen Putin setzen, aber aufschreien, wenn Russland von sich aus den Erdölexport reduziert, ob nun wegen technischer Probleme oder Devisenstreitigkeiten.

Man und frau mögen ja der LINKEN vieles und sicher zu recht vorhalten, aber das oben Aufgespießte jedenfalls nicht: Wir wollen eine humane, auf Chancengleichheit abzielende Schule, keinen Rückfall in noch mehr Aussieben und Auslese. Wir sind für einen öffentlichen Personennahverkehr, der die Menschen nicht unter die Erde verbannt und dem Auto auf den Straßen den Platz streitig macht (also für die Straßenbahn). Wir sind selbstverständlich für ein Tempolimit und gegen die Temperaturabsenkung von Mietshaushalten mit geringerem Einkommen (denn die reicheren Schichten kümmert das sowieso nicht). Wir lehnen die massive Erhöhung des Rüstungsetats kategorisch ab und wollen, dass das Geld in die wirklich existenziellen Bereiche fließt. Und wir unterstreichen erneut (und bleiben damit ganz bei Egon Bahr), Frieden im Osten wird es nur durch Annäherung geben, keineswegs durch immer massivere Waffenlieferungen.

Bei Lichte betrachtet fällt es gar nicht schwer, zu begründen, warum unsere Stadt, dieses Land einer LINKEN bedarf, vielleicht sogar mehr denn je. Wir präsentieren in diesem »Bürger:innenbrief« gleich mehrere Beispiele aus der hamburgischen Stadtentwicklungspolitik, in denen unsere Alternativen im Kleinen wie im Großen – vom Ringen um ein öffentliches WC auf der Osterstraße bis hin zur Ablehnung des völlig überflüssigen Elbtower-Giganten zwischen den Elbbrücken – deutlich werden. Und wir eröffnen die grundsätzliche Debatte um die Bedeutung der LINKEN in Deutschland mit der auszugsweisen Aufnahme einer Schrift, die ihr auf der Basis einer repräsentativen Umfrage ein erheblich größeres Potenzial zuschreibt, als es zurzeit den Anschein hat.

Wir wünschen allen Leser:innen ein paar schöne Sommerwochen! Auch wir machen ein bisschen Pause und melden uns im August wieder.

Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus
Hanno Plass und Michael Joho

U5 fährt am Bedarf vorbei

Eine neue Straßenbahn wäre besser

Eine »Straßenbahn erreicht mehr Fahrgäste, ist schneller gebaut und spart Milliarden Euro Kosten«, so ist eine Pressemitteilung der Linksfraktion vom 16. Juni überschrieben, die für viel Resonanz in den Medien gesorgt hat. Und so liest sich das dort weiter:

Eine heute veröffentlichte Studie der Fraktion DIE LINKE belegt, dass die Versprechungen des Senats mit dem Bau der U5 nicht erfüllt werden. Die U5 sollte die langversprochene Schienenanbindung für die Großsiedlungen Steilshoop und Osdorfer Born bringen, mehr Menschen ein Bahnangebot machen und die überlastete Metrobuslinie 5 zwischen Universität und Siemersplatz ersetzen. Als schnellere, kostengünstigere und effektivere Alternative erweist sich die Straßenbahn.

»Seit Jahren setzt der Senat unverdrossen auf die teuerste, zeitaufwendigste und wenig effektive Variante für die Erweiterung des ÖPNV in Hamburg, den Bau der U5. Die negative Klimabilanz beim Bau, die angesichts klammer Haushalte kaum zu stemmenden Investitions- und Betriebskosten, die viel zu späte Fertigstellung in den 2040er-Jahren interessieren den Senat nicht. Wie schon für Olaf Scholz scheint auch für Bürgermeister Tschentscher zu gelten: »Wer eine Meinung hat, braucht keine Fakten«, so **Heike Sudmann**, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft.

»In unserer Studie machen wir das, was der Senat immer versäumt hat. Die Analyse sämtlicher Fahrgastströme der heutigen Bus- und Bahnlinien im Einzugsbereich der geplanten U5 beweist, dass die U5 in weiten Teilen am Bedarf vorbeifährt«, stellt **Dieter Doege**, Nahverkehrsberater und einer der beiden Autoren der Studie, fest. So bediene die U5 von den drei-

Studie

U5 in Hamburg

Anspruch und Wirklichkeit
Nutzenanalyse mit Bewertung

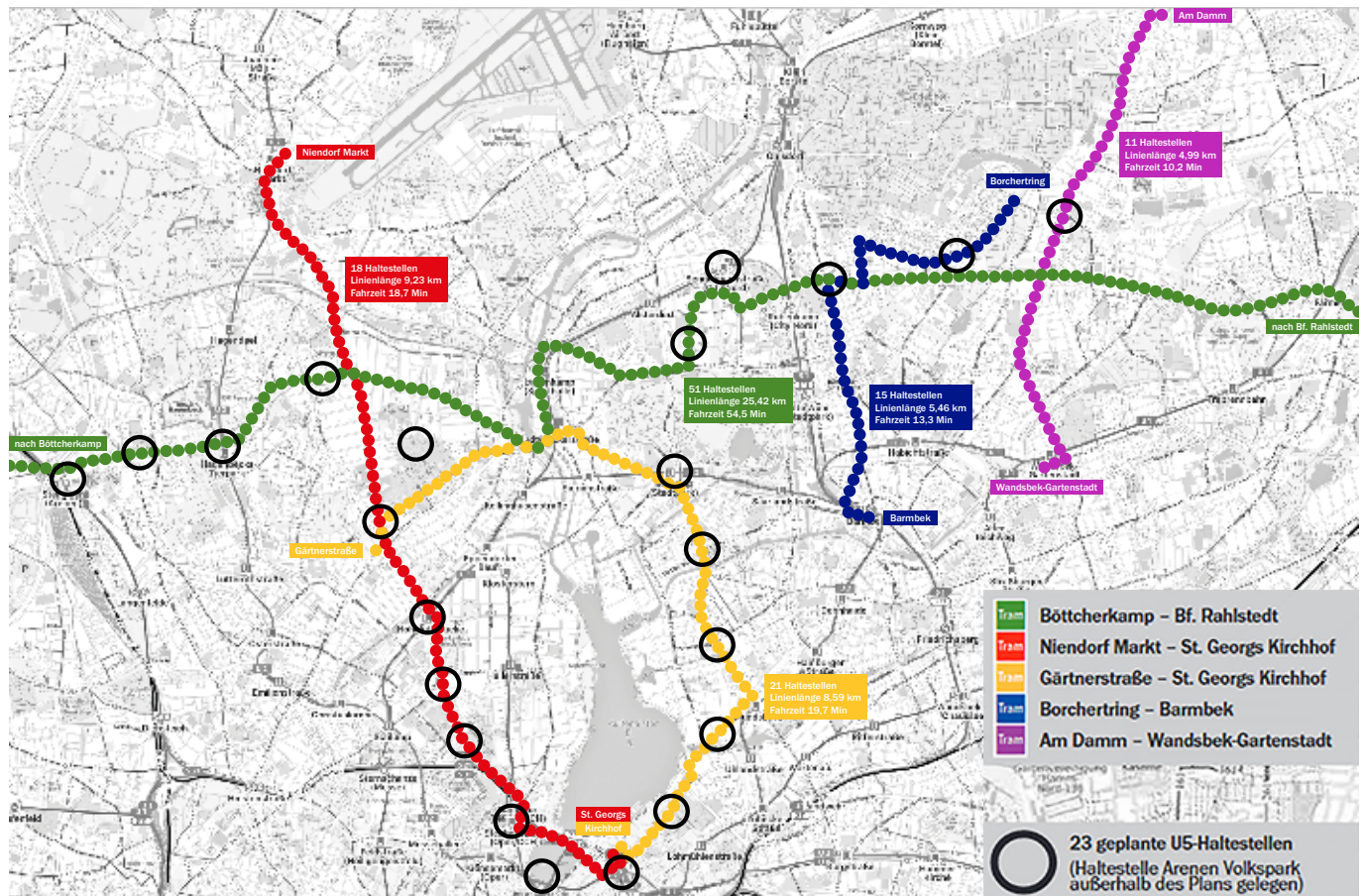
Alternative Straßenbahn




Arbeitsgemeinschaft
Dieter Doege + Jens Ode

im Auftrag
DIE LINKE
Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft





Die geplanten 23 Haltestellen der U5 (schwarze Kreise) stehen dem alternativen Netzplan für die Stadtbahn mit 109 Stationen gegenüber (aus der Studie von Dieter Doege und Jens Ode)

zehn Haltestellen der überlasteten Metrobuslinie 5 nur vier. Und gerade der mit großem Abstand meistfrequentierte Abschnitt Dammtor-Uni würde wegen des Wegfalls der Haltestelle Dammtor nicht mehr bedient werden. »Auch für Steilshoop, das endlich einen Schienenanschluss bekommen soll, verschlechtert sich der Zugang zum ÖPNV. Eine einzige U5-Haltestelle statt der bisherigen sieben Bushaltestellen bedeutet für die Fahrgäste lange Fußwege bis zu einem Kilometer oder einen zusätzlichen Umstieg vom Bus in die Bahn«, so Doege weiter. Aufgeräumt werden müsse auch mit der Mär, der U-Bahn-Bau würde den Autoverkehr nicht beeinträchtigen. Die unterirdischen Haltestellen müssen alle – wie derzeit in Horn – auf einer Länge von in der Regel 160 Metern in offener Bauweise errichtet werden. Damit seien jahrelange Straßensperrungen verbunden. Und auch die U2/U4 müsse für die schwierigen Bauarbeiten im Hauptbahnhof für einige Jahre unterbrochen werden.

»Die vermeintlichen Vorteile der U-Bahn gegenüber einer Straßenbahn sind nicht gegeben«, stellt der zweite Autor der Studie, **Jens Ode**, Bankkaufmann und Nahverkehrsexperte, fest. »Der Vergleich der Reisezeiten von Tür zu Tür zeigt, dass mit der Straßenbahn fast immer weniger Zeit gebraucht wird als mit der U-Bahn. Mehr Haltestellen und kürzere Abstände zwischen den Haltestellen sowie der direkte oberirdische Zugang machen die Fußwege für Fahrgäste erheblich

kürzer und schneller.« Den geplanten 23 Haltestellen der U5 auf 24 Kilometer Streckenlänge stünden 109 Haltestellen eines neuen Straßenbahnnetzes auf 53 Kilometer Länge gegenüber. »Mit diesem Straßenbahnnetz bieten wir erheblich mehr Menschen einen Bahnanschluss quasi vor der Haustür. Damit lässt sich auch das Ziel des Senats, bis 2030 die Zahl der ÖPNV-Nutzer:innen zu verdoppeln, erreichen. Und der Clou: Diese 53 Kilometer liegen mit großzügig geschätzten Baukosten von 1,3 Mrd. Euro noch weit unter den 1,8 Mrd. Euro für die nur 5 Kilometer lange Strecke von Bramfeld bis zur City-Nord.«

Heike Sudmann fasst zusammen: »Der Senat hat seit Jahren nur noch den Tunnelblick. Während viele Großstädte in Deutschland und im Ausland neue Straßenbahnlinien bauen, sollen die Hamburger:innen in tiefe U-Bahn-Tunnel verbannt werden. Ob der Senat weiß, dass Fahrgäste keine Maulwürfe sind?« Die vorgelegte Studie könne dem Senat die Augen öffnen. Für weniger Geld bekomme er in kürzerer Zeit mehr Menschen vom Auto in die Bahn. Das sei für den Hamburger Haushalt gut und treibe den notwendigen Klimaschutz voran.

Die 52-seitige, mit vielen Tabellen und Grafiken versehene, also höchst anschauliche Studie kann unter www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2022/06/U5-Studie.pdf als PDF heruntergeladen werden.

Die Presse hat die erneut auflodernde **Straßenbahn-Debatte** umfänglich kommentiert. Die neue Studie zitiert z. B. das »Hamburger Abendblatt« in der Überschrift mit den Worten »Eine Stadtbahn ist der U5 deutlich überlegen«. »ZEIT online« meldet zur U5 »Schlecht fürs Klima, schlecht für den Verkehr«. Die »Hamburger Morgenpost« stellt die Frage, »Fährt die U5 am Bedarf der Hamburger vorbei?« Selbst der »Bund der Steuerzahler« tickert, eine neue Straßenbahn »frei von jeglicher Ideologie prüfen und das Wohl aller Bürger im Sinn haben«. Und wer bewegte Bilder bevorzugt, inklusive einer sozusagen rollenden Straßenbahn, guckt sich den viereinhalbminütigen HH1-Beitrag an: www.hamburg1.de/news/60428. Kurz, die Debatte um die Straßenbahn ist eröffnet!

Tempo 30 – »Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten«

Von Heike Sudmann

Noch mehr Tempo 30 in Hamburg? Das fragen sich vielleicht spontan die eine oder der andere Leser:in. Die nackten Zahlen offenbaren, dass der Anteil der Tempo-30-Strecken in Hamburg nicht größer ist als der von Tempo 50 und 60. Beide Varianten umfassen gut 2.000 Straßenkilometer. Die Straßen mit Tempo 50/60 haben in der Regel nicht nur die größten Automengen zu bewältigen, sondern auch die meisten negativen Auswirkungen auf Lärm, Luftschadstoffbelastung und auch auf Verkehrssicherheit. Selbst wenn der Senat es wollte, kann er hier, anders als in Wohngebieten oder vor Einrichtungen wie Kita, Schule oder Altersheim, kein Tempo 30 anordnen. Die bundesweit geltende Straßenverkehrsordnung lässt das nicht zu.

Vor fast einem Jahr startete aus dem Deutschen Städtetag heraus die Initiative »Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten«. Ziel ist es, den jeweiligen Kommunen auch für Hauptverkehrsstraßen die Anordnung von Tempo 30 zu ermöglichen. Bei den mittlerweile über 130 Städten der Initiative sind Groß- und Kleinstädte beteiligt, von Berlin über Frankfurt/Main bis hin zu bayrischen Orten. Wer fehlt? Das rot-grün regierte Hamburg. Dabei müssten die Forderungen der Initiative auf eine hohe Zustimmung stoßen, wenn den Reden von Rot-Grün Glauben geschenkt werden kann.

Die Argumente der Initiative bringen jahrelange Erfahrungen und Untersuchungen auf den Punkt. Gleichzeitig räumen sie auch mit Vorurteilen auf. So bleibt z. B. auch bei Tempo 30

Aus dem Aufruf »Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten« vom 6. Juli 2021:

Lebendige, attraktive Städte brauchen lebenswerte öffentliche Räume. Gerade die Straßen und Plätze mit ihren vielfältigen Funktionen sind das Aushängeschild, das Gesicht der Städte. Sie prägen Lebensqualität und Urbanität.

Ein wesentliches Instrument zum Erreichen dieses Ziels ist ein stadtverträgliches Geschwindigkeitsniveau im Kfz-Verkehr auch auf den Hauptverkehrsstraßen. Dort produziert der Autoverkehr in den Städten seine höchste Verkehrsleistung. Dort verursacht er aber auch die meisten negativen Auswirkungen – von den Lärm- und Schadstoffbelastungen für die dort lebenden Menschen über die Unfallgefahren bis zum Flächenverbrauch. Seit langem wissen wir, dass im Hinblick darauf eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h erhebliche positive Auswirkungen haben würde:

- Die Straßen werden wesentlich sicherer, gerade für die besonders Gefährdeten, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs bzw. mobilitätseingeschränkt sind.
- Die Straßen werden leiser – und das Leben für die Menschen, die an diesen Straßen wohnen, deutlich angenehmer und gesünder.
- Bei Gewährleistung eines guten Verkehrsflusses kann auch die Luft in den Straßen sauberer werden, was allen zu Gute kommt, die hier unterwegs sind.
- Die Straßen gewinnen ihre Funktion als multifunktionale Orte zurück, die mehr sind als Verbindungen von A nach B.
- Und schließlich: die Straßen werden wieder lesbarer, Regeln einfacher und nachvollziehbarer (kein Flickenteppich mehr), das Miteinander wird gestärkt, der Schilderwald gelichtet.

Die Leistungsfähigkeit für den Verkehr wird durch Tempo 30 nicht eingeschränkt, die Aufenthaltsqualität dagegen spürbar erhöht. (www.lebenswerte-staedte.de/images/pdf/Positionspapier_Staedteinitiative_Tempo30_050721_oU.pdf).



Tempo-30-Zonen oder nächtliche Begrenzungen wegen Lärmschutzes reichen nicht (Fotos: Heike Sudmann)

die Leistungsfähigkeit der Hauptverkehrsstraßen erhalten. Und die Reisezeitverluste gegenüber Tempo 50 sind gering bis gar nicht vorhanden. Gute Daten hierzu gibt es vom Umweltbundesamt unter www.umweltbundesamt.de/publikationen/wirkungen-von-tempo-30-an-hauptverkehrsstraessen, siehe S. 5 zur Leistungsfähigkeit und S. 11 zu Verkehrsfluss und Reisegeschwindigkeiten.

Die Tatsache, dass mehr als 30 CDU-regierte Städte und auch über 30 SPD-geführte Städte die Initiative unterstützen, zeigt, dass eine ideologiefreie Diskussion möglich ist. Weniger ist mehr: Weniger Ideologie heißt mehr Sachverstand. Weniger Geschwindigkeit ist mehr Lebensqualität.

Wir haben mit einem Antrag (Drs. 22/8373 vom 18.5.2022, www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/80018/vision_zero_konkret_machen_der_staedteinitiative_fuer_tempo_30_beitreten.pdf) den Senat aufgefordert, der Städteinitiative beizutreten und auch im Bundesrat aktiv zu werden. Dass der Antrag nicht gleich abgelehnt wurde, sondern im Verkehrsausschuss beraten werden soll, lässt immerhin hoffen. Tempo 30 auch für die 2.000 Kilometer Hauptverkehrsstraßen macht es für die Menschen dort lebenswerter ohne die Leistungsfähigkeit für den Wirtschafts- und Individualverkehr einzuschränken. Das müsste nicht nur Rot-Grün gefallen, sondern sogar der CDU.

Makulatur:

Neue Bildungspläne ein Trip in die Vergangenheit

Eine zukunftsweisende Schule erfordert deren Stopp

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Die Bildungspläne bilden die »Grundlage für Unterricht und Erziehung«, so hält es das Hamburgische Schulgesetz (HmbSG) in §4 fest. Sie seien regelmäßig zu prüfen, zu evaluieren und »entsprechend fortzuschreiben«.

Ebenfalls wird im HmbSG §4 in Absatz 3 fixiert, nach welcher Leitlinie die Bildungspläne zu entwickeln seien: »Die Bildungspläne sind nach Maßgabe der Entwicklung in den Fachwissenschaften, der pädagogischen Forschung und der Vorgaben, die Grundlage für die Anerkennung von Abschlüssen zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland sind, regelmäßig zu überprüfen, zu evaluieren und entsprechend fortzuschreiben.«

In der Rahmenvereinbarung zum Hamburger »Schulstrukturfrieden«, den SPD und GRÜNE mit FDP und CDU 2019 beschlossen hatten, ist festgeschrieben, dass »die Kom-

petenzorientierung in den Hamburger Bildungsplänen in zentralen Unterrichtsfächern durch Kerncurricula konkretisiert und ergänzt werden, um ein gemeinsames Grundwissen zu erreichen. Die Kerncurricula legen verpflichtende Unterrichtsinhalte und verpflichtendes Fachwissen fest. Sie sollen insbesondere klar beschreiben, über welches Wissen die Schülerinnen und Schüler in den jeweiligen Unterrichtsfächern und Jahrgangsstufen verfügen müssen.«¹

Offensichtlich liegt ein Widerspruch vor: Weder wurden die Bildungspläne evaluiert, noch werden sie fortgeschrieben. Die Festlegung von Kerncurricula und verbindlichem

¹ www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/74855/stellungnahme_des_senats_zum_ersuchen_der_buergerschaft_vom_25_september_2019_rahmenvereinbarungen_zur_sicherung_des_schulstrukturfriedens_drucksach.pdf.



Foto: Hanno Plass

Grundwissen läuft der Kompetenzorientierung und Profilbildung der einzelnen Schulen zuwider.

Nun haben aber im letzten Coronajahr über neunzig Lehrkräfte verschiedener Abteilungen an den Bildungsplänen gearbeitet und standen somit dem Unterricht mitten in der Pandemie nicht zur Verfügung.²

Die vorgelegten Entwürfe ziehen einhellige Kritik auf sich. Die Vielzahl der Stellungnahmen und ihre übereinstimmende Richtung zeugen davon, dass die vorgelegten Bildungsplanentwürfe den Kern der schulischen Bildung treffen. Geäußert haben sich bislang unter anderen die Lehrerkammer, die Elternkammer, die GEW, die Schulleitungen der Gymnasien, die Schulleitungen der Stadtteilschulen, die Gemeinschaft der Elternräte der Stadtteilschulen, die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule, die Fachdidaktiker:innen der Universität Hamburg, das Bündnis Zukunft Schule Hamburg ...

Die Gymnasialleiter:innen titelten treffend, die Bildungspläne seien »weder zukunftsfähig noch praxistauglich«. Die Elternkammer stellte pointiert fest: »Die Entwürfe der neuen Bildungspläne gefährden die Zukunft unserer Kinder«. Die GEW sieht in ihnen einen Rückschritt zum Bulemie-Lernen; die GEST kann keine »zukunftsweisende Bildungspolitik« erkennen; den Fachdidaktiker:innen der Universität Hamburg zufolge ist es fraglich, ob die neuen Bildungspläne überhaupt

in der Lage sind, auf die Anforderungen der heutigen Welt angemessen zu reagieren.

Die übereinstimmende, grundlegende Kritik der unterschiedlichen Institutionen umfasst die folgenden Punkte: Die Bildungsplanentwürfe entsprächen an keiner Stelle dem Stand der fachwissenschaftlichen Auseinandersetzung; sie seien schon jetzt fachlich überholt. Das Bildungsverständnis, das den Entwürfen zugrunde liege, sei rückwärtsgerichtet und inkonsistent; auch damit seien die Bildungspläne schon jetzt von der Wirklichkeit überholt. Der Wegfall der Kompetenzorientierung – die von ganz anderer Seite mit guten Argumenten kritisiert worden ist³ – schränke die Persönlichkeitsbildung ein; stattdessen müsse mehr Raum für individualisierten Unterricht gegeben werden. Inklusion, ein Schlüsselthema in der Bildung, sowohl in der Gegenwart wie in der Zukunft, spiele in den Bildungsplan-Entwürfen wenn überhaupt, nur eine Nebenrolle, statt der Kern zu sein. Auch digitale Bildung folge allein dem veralteten Verständnis der Nutzung von Endgeräten; sie sei weder in die Bildungspläne integriert, noch werde eine umfassende Ausstattung aller Schüler:innen mit digitalen Endgeräten, sowie die entsprechende Befähigung der Schüler:innen und auch der Lehrkräfte im Umgang mit dem neuen Lerninstrument geplant. Die Bildungspläne seien inhaltlich vollkommen überfrachtet; wer nach ihnen Unterricht konzipieren wolle, könne nur noch Dienst nach Vorschrift machen. Wer hingegen zeitge-

² https://parlamentsdatenbank.hamburg.de/parldok/dokument/77848/wann_kommen_die_neuen_bildungsplaene_und_welchen_inhalt_haben_sie.pdf.

³ www.gew-hamburg.de/themen/hochschule-und-forschung/persoennlichkeitsbildung-oder-selbstkompetenzen.

mäß unterrichten und die Kinder und Jugendlichen fördern wolle, müsse die Bildungspläne schlichtweg ignorieren.

Die Verschärfung der formellen Anforderungen durch mehr schriftliche Prüfungen verstärke die Bildungsungleichheit weiter. Die Stofffülle der Bildungspläne mache es nicht mehr möglich, Unterricht anhand der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler zu entwerfen und statt nachhaltigem Lernen förderten die jetzigen Bildungspläne den Schulstress. In der Folge würden soziales und außerschulisches Lernen eingeschränkt und die in den Bildungsplanentwürfen aufgenommene Stofffülle ließe sich im Schulalltag nicht pädagogisch sinnvoll planen.

Angesichts der aktuellen Lage würden weder die aktuellen Belastungen der Coronapandemie, trotz Wegfalls der meisten Eindämmungsmaßnahmen, noch die durch die Erhebungen der Copsy-Studie deutlich erkennbaren negativen Auswirkungen der letzten zwei Jahre Pandemie berücksichtigt. Dabei ist davon auszugehen, dass die Auswirkungen der Coronapandemie die Schüler:innen noch weiterhin beschäftigen werden – wenn nicht gar im kommenden Herbst, die gleichen Fehler wie die Jahre zuvor von der Schulbehörde zu verantworten sein werden.

Wesentlich sei auch, dass der Zeitplan für eine etwaige Beteiligung zu straff und zu intransparent konzipiert sei – sofern die Beteiligung überhaupt von der Behörde ernsthaft erwägt worden sei. Weiterhin sei es ebenfalls von Gewicht, dass die Schulgemeinschaften, die bildungspolitischen Gremien oder die fachlichen Expert:innen der Hamburger Universitäten nicht in die Erarbeitung der Bildungsplanentwürfe eingebunden worden seien. Der Prozess müsste eigentlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden: Zuerst klären, welcher Begriff von Bildung die Grundlage sei, dann die Bildungspläne

angehen und schließlich – wie im erfolgreichen Finnland – statt sie zu überfrachten, sollten sie entschlackt werden.⁴

Wie die neuen Bildungspläne dann zum Schuljahr 2023/24 umgesetzt werden sollen, sei vollkommen offen und zudem mit keinerlei zusätzlicher zeitlicher Ressource für die Lehrkräfte hinterlegt.

Was sie jetzt schon sind, ist deutlich: Makulatur. Eine enorme Verschwendung von Zeit und Geld durch die Schulbehörde. Sollten die Bildungspläne verabschiedet werden, bedeutete dies einen großen Rückschritt in der Ausrichtung des Bildungswesens in Hamburg. Alle Beteuerungen des Schulsenators, die Schüler:innen sollten in der »Bundesliga« der Bildung spielen, sind nichts als leeres Gerede. Die bürgerliche Ideologie von individueller Leistung, die zu Erfolgen führen würde, war schon vor hundert Jahren eine Lüge, das Glücksversprechen nicht allgemein einlösbar. Das gesamte Bildungswesen des Landes Hamburg dem Diktat einer Leistungs-ideologie zu unterwerfen, für die es weder eine inhaltlich-pädagogische Begründung, noch eine Notwendigkeit gibt, ist nichts weiter als eine bildungspolitische Farce. Die Zukunft der jetzigen und künftigen Generationen von Schüler:innen wird verbaut werden. Um es nicht soweit kommen zu lassen, muss das jetzige Verfahren gestoppt und, wie gesagt, von Grund auf neu angesetzt werden. Die Einhelligkeit der Ablehnung sowohl des Vorgehens wie des Inhalts der Bildungspläne, ist zumindest ein Hoffnungsschimmer, dem bildungspolitischen Betonkopf aus der Hamburger Straße Einhalt zu gebieten.

⁴ www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/80097/sofortiges_moratorium_der_bildungsplaene_die_entwicklung_einer_zukunftsfaehigen_bildung_muss_vom_kopf_auf_die_fuesse_gestellt_werden.pdf

Tipps und Termine

Die neue Ausgabe der **LUXEMBURG**, der kostenlos zu beziehenden oder auch herunterzuladenden Zeitschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) beschäftigt sich unter dem Titel »Unangepasst« mit den **Folgen der Klimakrise**. Es geht um das »Klima der Ungerechtigkeit«, um »Deutschland 2050«, eine Fotoreihe dokumentiert die Situation in den Flutgebieten des Jahres 2021, darüber hinaus rund zwei Dutzend weitere Kapitel zur Klimakatastrophe und nötigen Gegenstrategien (https://api.zeitschrift-luxemburg.de/uploads/LUX_22_02_ONLINE_klein_3808300d49.pdf).

Mitte Mai hat das Statistikamt Nord die aktualisierte Version des 18-seitigen **Faltblatts »Hamburg – Ein Stadtporträt in Zahlen«** herausgegeben. Anhand vieler Zahlen, Grafiken, Schaubilder und Tabellen wer-

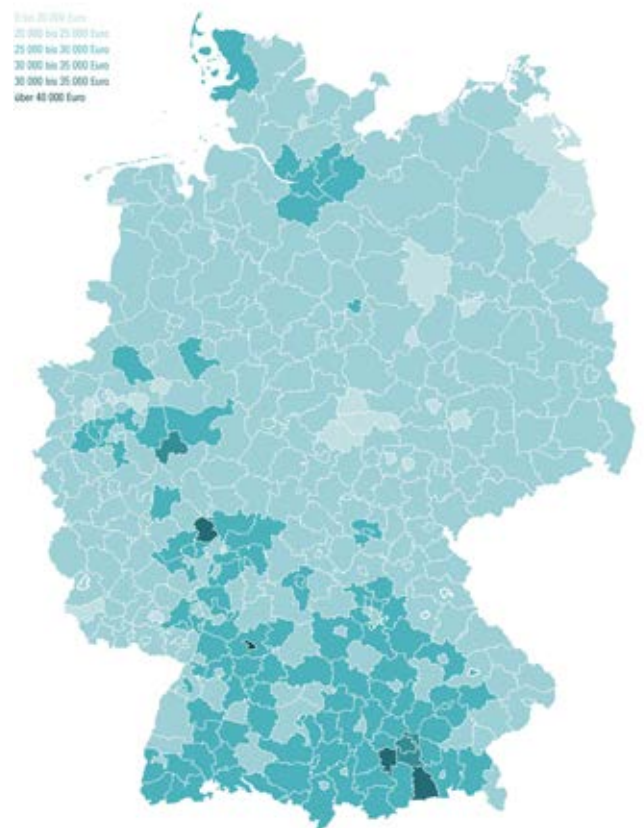
den die wichtigsten Daten über die demografischen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der Elbmetropole geliefert und ganz nebenbei auch die Arbeit dieser Institution vorgestellt. Gibts hier: www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Faltbl%C3%A4tter/Brosch%C3%BCre_HH_Stadtportrait_2019.pdf.

Über Armut und Reichtum gäbe es eine Menge zu berichten. Vor allem, dass der Abstand, die Schere immer weiter aufgeht. **OXFAM** schickte gerade die Information herum, dass das **Vermögen der Milliardäre mit Vermögensschwerpunkt im Nahrungsmittel- und Agrarbereich** alleine in den vergangenen zwei Jahren um 45% – das sind 383 Mrd. Euro – zugenommen habe (www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2022-05-23-oxfam-bericht-pan

demie-folgen-steigende-preise-befeuern). Wieso redet nur niemand von dieser Ursache für die explodierenden Lebensmittelpreise? Bleiben wir in Hamburg, wo es auch recht gut aussieht für die Kapitalfraktion. Laut neuer Veröffentlichung des Statistikamtes haben im Jahre 2018 insgesamt **1.247 Lohn- und Einkommenssteuerpflichtige mit Wohnsitz in Hamburg** jeweils einen Gesamtbeitrag der Einkünfte von mindestens einer Million Euro erzielt. Damit gelten hier **12 von 10.000 Steuerpflichtigen als Einkommensmillionär:innen**. Wie gut es wirklich läuft für »die da oben«, das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass die Zahl der Hamburger Einkommensmillionär:innen seit 2013 von Jahr zu Jahr in Hamburg zugenommen hat (www.statistik-nord.de/presse-veroeffentlichungen/presseinformationen/dokumentenansicht/einkommensmillionaerinnen-und-millionaere-in-hamburg-2018-64005). **Bundesweit gab es 2018 übrigens knapp 26.300 Einkommensmillionär:innen** (www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/05/PD22_223_733.html). Wer sich eingehender mit Armut und Reichtum in Hamburg beschäftigen möchte, dem/der sei die **Große Anfrage** (Drs. 22/8170 vom 27.5.2022) der Linksfraktion dazu empfohlen (www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/79807/armut_und_reichtum_in_hamburg.pdf).

Der **Böckler Impuls**, das Periodikum der gewerkschaftsverbundenen Hans-Böckler-Stiftung (HBS), ist immer mal wieder für überraschende Daten, Tabellen und Grafiken gut. Schauen wir uns die Nummer 8/2022 vom 5. Mai an. Unter der Überschrift **»Wo die Reichen wohnen«** geht es um die extremen Einkommensunterschiede in der Republik. So ist beispielsweise das Durchschnittseinkommen in Heilbronn mehr als doppelt so hoch wie in Gelsenkirchen. Und, so eine weitere Botschaft der HBS, »ohne staatliche Umverteilung wäre die Unwucht noch größer«. Die nachfolgende Grafik dürfte besser im Netz zu erkennen sein (www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-wo-die-reichen-wohnen-40845.htm), als hier im BB. Aber schon mal ein Vorgeschmack, der das große **Nord-Süd- und West-Ost-Gefälle in der Einkommenssituation** (»Das verfügbare Einkommen pro Kopf betrug 2019...«) veranschaulicht. Die hellsten Gebiete sind diejenigen mit einem verfügbaren Einkommen pro Kopf bis 20.000 Euro, in den dunkelsten Regionen im Süden und Westen liegt es über 40.000 Euro.

Hohe Einkommen im Süden
Das verfügbare Einkommen pro Kopf betrug 2019 ...



Datens. 10/19 2022

Da passt auch diese Publikation hin. Im Frühjahr hat die GRÜNEN-nahe **Heinrich-Böll-Stiftung** ein anschauliches Material zum **Komplex Arm-Reich**, Umverteilung, Chancen(un)gleichheit, (Un-) Gerechtigkeit etc. herausgegeben. Auf 52 Seiten bietet der **Sozialatlas** pralle Informationen, reichlich Grafiken, Tabellen und Erklärungen. Seltsamerweise unter der Zweitüberschrift »Daten und Fakten über das, was unsere Gesellschaft zusammenhält«. Vertieft das weiter anwachsende Arm-Reich-Gefälle nicht vielmehr die Gesellschaft?! Wer sich selbst ein Bild machen möchte: www.boell.de/sites/default/files/2022-03/Sozialatlas_2022.pdf.

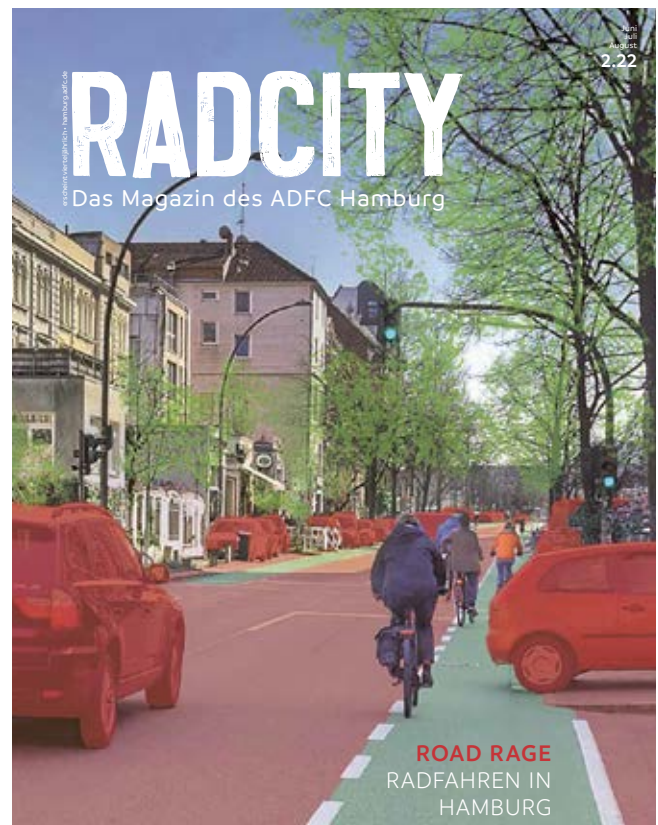
Nachdem die **Volksinitiative »Rettet Hamburgs Grün – Klimaschutz jetzt!«** im Herbst letzten Jahres gut 14.000 Unterschriften eingereicht hatte (nötig waren 10.000) und eine positive Stellungnahme der Bürgerschaft ausgeblieben war, kündigten die Initiator:innen Anfang Mai an, nun die zweite Stufe der Volksgesetzgebung anzugehen. Konkret heißt

das, dass vom **5. bis 25. September 80.000 Unterschriften gesammelt werden sollen, um das Volksbegehren erfolgreich zu machen** und darüber den letzten Schritt, den verbindlichen Volksentscheid, einzuleiten. Hauptziel der Volksinitiative ist es, alles was »grün und größer als ein Hektar ist« auch in Zukunft grün zu belassen. Mehr dazu auf der Homepage <https://rettet-hamburgs-gruen.de/>.



Wer mit dem Fahrrad in Hamburg unterwegs ist, kennt das zur Genüge: gefährliche Situationen an Kreuzungen, holprige Radwege, aggressive Autofahrer:innen usw. Die Juni-Ausgabe von **Radcity**, des **Magazins des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) Hamburg** widmet sich in mehreren Artikeln dem Thema Road Rage, also der Wut auf offener Straße. Und es bleibt nicht bei der Schilderung von kritischen Situationen, es gibt auch ein paar Tipps, wie mit **Road Rage** seitens der Radfahrer:innen umgegangen werden kann, und zwar hier: https://hamburg.adfc.de/fileadmin/Gliederungen/Pedale/hamburg/user_upload/eigene_Publikationen/Rad-City/2022/RC-2022-02/RC_22_2_24S_WEB.pdf (s. *Abb. oben rechts*).

Aber es soll ja alles besser werden mit dem Radfahren in Hamburg. Nicht zuletzt durch ein Mitte Mai von Bürgermeister Peter Tschentscher vorgestelltes neues **Bündnis für Rad- und Fußverkehr**. An sich ist ein Bündnis ja eine gute Sache, allemal, wenn es einem hehren Ziel wie der von den Behörden lange Zeit sträflich vernachlässigten Förderung des Fuß- und Radverkehrs verpflichtet ist. Und wer kommt da in diesem neuen Bündnis nun zusammen? »Die Zeit« online vom 17. Mai weiß es: Zu den 28 Bündnispartnern »gehören neben städtischen Unternehmen und Behörden auch alle Bezirksamtsleitungen und die Vorsitzenden der Bezirksversammlungen«



(www.zeit.de/news/2022-05/17/hamburg-wei-tet-buendnis-fuer-radverkehr-auf-fussverkehr-aus#:~:text=Hamburg%20hat%20sich%20das%20Ziel,25%20bis%2030%20Prozent%20steigen.). Sozusagen ein **städtisches Bündnis mit sich selbst**. Da stellt sich doch die Frage, wie die verschiedenen Behörden und städtischen Unternehmen bisher kooperiert haben. Interessenverbände wie der ADFC oder FUSS e. V. zählen jedenfalls nicht zu den »Bündnispartnern«.

FUSS e. V., der Fachverband Fußverkehr Deutschland, hat Ende Mai eine neue Ausgabe seiner Zeitschrift **mobilogisch** herausgebracht. Die Themenpalette reicht von Modellstädten für besseres Gehen über die Fuß-Förderung in Österreich bis hin zu internationalen Verkehrsberuhigungskonzepten in Mailand, Rotterdam, Chicago und Bogota (www.mobilogisch.de/aktuell/40-ml/archiv/293-mai-2022.html).

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass vom **1. bis 21. September** wieder ein deutschlandweites **Stadtradeln** angesagt ist. Hamburg hat sich in diesem Jahr 2,5 Mio. abgerechnete Radfahrkilometer vorgenommen, eingebracht von Teams und Einzelpersonen, die sich **unter www.**

stadtradeln.de/hamburg informieren und anmelden können. Organisiert wird dieser Event vom ADFC im Auftrag der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft (BUKEA). Im letzten Jahr haben sich an der Aktion 11.826 Personen in 736 Teams beteiligt und über 2,1 Mio. Kilometer erfahren.

Berlin macht uns allen vor, wie eine Mieter:innenbewegung auch über mehrere Jahre und auf unglaublich hohem Niveau am Leben erhalten wird. So hat jüngst die **Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen** (DWE) einen Sommer der Vergesellschaftung verkündet. Im letzten Newsletter ist dazu allerhand zu lesen, angefangen von der Ende Mai stattgefundenen, dreitägigen Enteignungskonferenz über zwei Dutzend Termine alleine im Monat Juni bis hin zu aktuellen Einschätzungen z. B. hinsichtlich der Expert:innenkommission zur Vergesellschaftung von Immobilien und der Torpedierungsversuche von Bürgermeisterin Giffey (SPD). Der Blick auf die Website von DWE wie der Bezug des Newsletters bietet spannende Lektüre: www.dwenteignen.de/.



Und wo wir gerade bei der Bundeshauptstadt sind, auch die Homepage des **Berliner Mietervereins** ist empfehlenswert (www.berliner-mieterverein.de/wir-ueber-uns.htm). Im jüngsten Newsletter dieses einflussreichen Zusammenschlusses mit über 180.000 Mitgliedern ist ein Beitrag besonders interessant, der darauf verweist, wovon wir in Hamburg noch meilenweit entfernt sind. Das Stichwort lautet **Mieter:innenräte**. Im Gegensatz zur SAGA, wo jede direkte Einflussnahme der Mieterinnen bisher ignoriert wird, haben **Berlins stadt-eigene Wohnungsunternehmen** Howoge, Stadt und Land, degewo, Gesobau und WBM allesamt solche Beteiligungsgr-

mien. **270.000 Haushalte** waren jetzt aufgerufen, an der Wahl zu ihrem jeweiligen Mieter:innenrat teilzunehmen. Die Geschäftsführerin des Berliner Mietervereins, Ulrike Hamann, berichtet in einem Interview über die Erfahrungen, Probleme und Verbesserungsmöglichkeiten der Mieter:innenbeteiligung: www.berliner-mieterverein.de/aktuelles/newsletter/mierratswahlen-berlin-die-novelle-des-wohnraum-versorgungsgesetzes-ist-dringend-notwendig-10622.htm?hilite=Mierratswahlen+hamann.

Unschwer ist schon seit einiger Zeit zu erkennen, dass sich der **Mieterverein zu Hamburg** stärker den Stadtteilinitiativen und alternativen Mieter:innenbewegungen zuwendet und überhaupt, selbst in dieser Richtung tätig zu werden. Erwähnt sei an dieser Stelle nur die Vonovia-Initiative, die Mit-Trägerschaft bei der Volksinitiative Keine Profite mit Boden und Miete und – schon seit langem – die alljährliche Präsentation der Ohmoor-Studie. So zutreffend derbe Worte wie vom neuen Mietervereins-Vorsitzenden Rolf Bosse – er kritisierte den Vorschlag des Bundesnetzagentur-Präsidenten, die Temperaturen in den Mietwohnungen

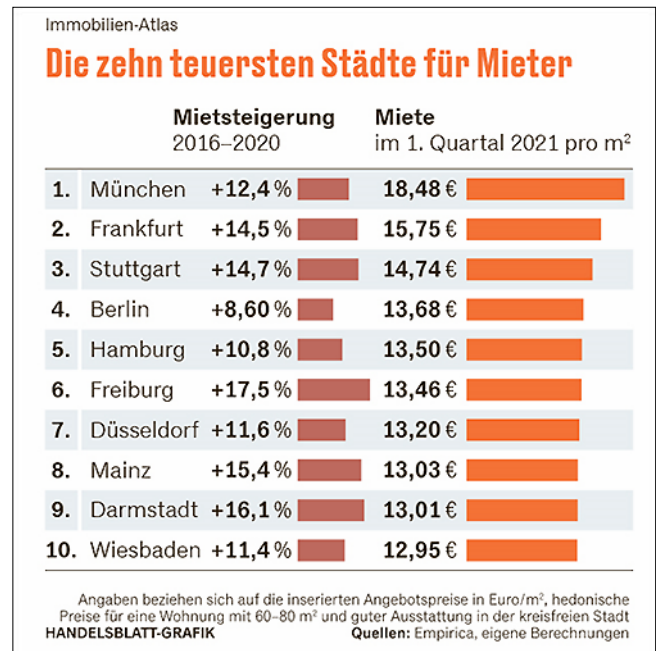


herunterzufahren, mit den Worten »dumm, zynisch und gefährlich« – waren von dort selten zu hören. Und so passt auch die **neue Ausgabe der Mietervereinszeitschrift** ins Bild, dessen Titelseite die Neuausrichtung unterstreicht. Das dicke Ding mit seinen 32 Seiten gibt es hier: www.mieterverein-hamburg.de/export/sites/default/.content/dokumente/mieterjournal/mieterjournal-2022-2.pdf.

Obwohl Hamburg eine der reichsten Städte Europas ist, sind Armut und Elend hier ein Dauerthema, ja, die Probleme für einen wachsenden Teil der Bevölkerung nehmen zu. Eine **Kleine Anfrage** der Linksfraktion hat ergeben, dass von **November 2021 bis Mai 2022** insgesamt **21 obdach- und wohnungslose Menschen im öffentlichen Raum verstorben sind**, 11 weitere in einem der Hamburger Krankenhäuser (Drs. 22/8262 vom 17.5.2022, www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/79908/todesfaelle_im_oeffentlichen_raum_vi.pdf). »Wir dürfen uns nicht gewöhnen an die Verelendung der Menschen«, so Dr. Stephanie Rose, die sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion, vielmehr »müssen wir uns fragen, wieso diese Menschen das Hilfesystem nicht aufsuchen«.

Überhaupt, die Wohnungsproblematik. Da wird und wird es nicht besser, ganz im Gegenteil. **13.000 Haushalte sind in Hamburg gegenwärtig auf der Suche nach einer Wohnung.** Diesen »Höchststand bei Wohnungsnotfällen« beklagte kürzlich das »Hamburger Bündnis für eine neue soziale Wohnungspolitik« (»TAZ« online vom 9.6.2022, <https://taz.de/Warten-auf-ein-neues-Zuhause-in-Hamburg/!5856765/>). Und auch in Sachen Mieten zeichnet sich keinerlei Entspannung ab. Einer jüngst veröffentlichten **Studie** des Beratungsunternehmens Wuest über den **Wohnungsmarkt in den 15 größten Städten Norddeutschlands** ist zu entnehmen, dass Hamburg **sowohl bezüglich der Wohnkostenbelastungsquote mit 31 % als auch der durchschnittlichen Kaltmiete mit 12,56 Euro je Quadratmeter traurige Rekorde** verzeichnet (»Hamburger Abendblatt« online vom 1.6.2022, www.abendblatt.de/wirtschaft/article235508097/mieten-in-hamburg-steigen-weiter-studie-zu-wenig-neubauten-bei-starkem-bevoelkerungszuwachs-wohnungsbau.html). Aber, und das wird der Senat nicht müde immer wieder zu betonen, anderswo ist es noch teurer, wie auch eine Grafik belegt (»Handelsblatt« online vom 28.4.2021, www.handelsblatt.com/finanzen/immobilien/mietpreise-in-deutschland-in-diesen-staedten-sind-die-mieten-pro-quadratmeter-am-hoechsten/25430390.html).

handelsblatt.com/finanzen/immobilien/mietpreise-in-deutschland-in-diesen-staedten-sind-die-mieten-pro-quadratmeter-am-hoechsten/25430390.html).



Am **Dienstag, den 22. Juni**, 9.00 bis 12.00 Uhr, steht im Landesinstitut für Lehrerbildung (Felix-Dahn-Strasse 3) das Thema **Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage** auf der Tagesordnung. Das bundesweite Netzwerk macht sich stark gegen Diskriminierung, Mobbing und Rassismus. Beim Hamburger Vernetzungstreffen am 22. Juni kommen alle am Projekt beteiligten Schulen zusammen mit ihren Pat:innen zusammen, um sich kurz vor Ferienbeginn noch einmal ausführlich auszutauschen. Reichlich Hinweise und noch mehr Materialien zum Thema gibt es hier: www.schule-ohne-rassismus.org/.



Eine weitere, von etlichen Expert:innen getragene Netto-Null-Tagung veranstalten der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und die HafenCity Universität Hamburg (HCU) am **Freitag, den 24. Juni**. Dieses Mal geht es um **Netto-Null für Hamburgs**

Flächen – Stadtraum fairteilen – Wie Verkehrsflächen neu denken? Die ganztägige **Fachtagung** findet von 9.30 bis 16.45 Uhr im Auditorium der HCU (Henning-Voscherau-Platz 1) statt. Auch wenn die Anmeldefrist bereits abgelaufen ist, gibt es vielleicht noch eine Chance teilzunehmen (anmeldung@bund.hamburg.de). Der Kostenbeitrag beläuft sich auf 20 Euro, Studierende zahlen 5 Euro. Alles Weitere unter www.bund-hamburg.de/fachtagung2022.

Aus dem vielfältigen Programm der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) in Hamburg sei hier exemplarisch nur mal eine Veranstaltung angeführt. Am Samstag, den 25. Juni, 19.00 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof 60) ein Abend zum Thema **Stoppt den Krieg – Hafenarbeiter:innen aus Genua berichten** statt. Italienische Gewerkschafter:innen haben sich 2019 erfolgreich gegen Waffenlieferungen an das saudische Militär gewehrt. Mehr dazu hier: https://hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/2JED9/stoppt-den-krieg—hafenarbeiterinnen-aus-genua-berichten?cHash=6cc30a8e6e05d8d498b3df-3de59ef7f6.



Das Gesamtangebot der Hamburger RLS in den kommenden Wochen findet sich hier: <https://hamburg.rosalux.de/>.

Not In Our Name, Marke Hamburg! – Wer erinnert sich noch an diese Parole? Sie schmückte vor zwölf Jahren die Titelseite einer Broschüre ganz im offiziellen Stil der Stadt, die aber doch die alternativen Positionen zur Stadtentwicklung des Senats präsentierte. Nicht zufällig galt das Heft damals auch als faktisches Gründungsmanifest der gerade neu etablierten Recht-auf-Stadt-Bewegung in Hamburg. **Ein Dutzend Jahre** später wird zur Diskussion des Aufbruchs, der Erfolge und Niederlagen eingeladen. Lesung, Diskus-

sion und Geselligkeit dazu sind für **Sonntag, den 26. Juni**, ab 16.00 Uhr in der Rothenhäuser Straße/ehemalige Wilhelmsburger Reichsstraße vorgesehen, im Rahmen der **7. Südlese**, der Literaturtage im Süden Hamburgs vom 1. bis 30. Juni 2022. Guckst du hier: www.suedlese.de.

Mitten hinein in die anhaltende Debatte um das Holstenareal und das Gebaren der Adler-Group legen der ZEIT-Journalist Christoph Twickel sowie der Grimme-Preisträger Michael Richter eine spannende Reportage dazu vor. Erstmals zu sehen sein wird die **Dokumentation »Immobilienpoker«** am **Montag, den 27. Juni**, um 20.00 Uhr im **Zeise-Kino**. Im Fernsehen läuft der 45-minütige Streifen dann am selben Tag um 22.50 Uhr auf ARD und kann hernach auch über die Mediathek des Senders aufgerufen werden. Wer bei Zeise aufläuft, kommt nach der Aufführung noch in den Genuss einer Diskussion mit den beiden Filmemachern. Mehr Infos gibt es hier: www.zeise.de/index.php/film/2768 und hier www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/sendung/immobilienpoker-100.html?fbclid=IwAR1cLS-QGqVu1yGBa7YWUQq9_tsACRUw054M-mg_no4mg-Wg2b31mh_N21XuQ.



Über viele Jahre sind die Honorare der freiberuflich in der **außerschulischen Erwachsenenbildung** tätigen Kolleg:innen nicht erhöht worden. Zusätzliche Einkommensverluste wurden in Coronazeiten eingefahren, denn weder gab und gibt es Ausfallhonorare noch konnte staatliche Unterstützung beantragt werden. Widerstand gegen diese unsozialen Verhältnisse gibt es bisher nur vonseiten der Dozent:innen der Volkshochschule Hamburg (VHS), flankiert von der GEW und ihrer Fachgruppe Erwachsenenbildung unter Leitung von Detlef Zunker. Endlich findet am **Mittwoch, den 29. Juni**, um 14.00 Uhr vor der Zentrale

der Hamburger VHS (Schanzenstraße 75-77) eine entsprechende **Kundgebung** statt. Infos und Kontaktmöglichkeiten zur GEW-Fachgruppe Erwachsenenbildung gibt es hier: www.gew-hamburg.de/mitmachen/fachgruppen/erwachsenenbildung.

Auf dem Weg zum Räumlichen Leitbild für die Metropolregion Hamburg, so ist eine **Fachtagung** überschrieben, die für **Mittwoch, den 29. Juni**, von 9.00 bis 17.00 Uhr, in der Einrichtung »media docks« in Lübeck (Willy-Brandt-Allee 31) angekündigt ist. Klimawandel, Energiewende, Digitalisierung und (De-) Globalisierung, alles große Themen, die eine bessere Zusammenarbeit und – so die Initiator:innen von der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung – eben eine räumliches Leitbild erfordern. Mehr unter www.srl.de/veranstaltungen/auftaktkonferenz-%E2%80%9Eein-r%C3%A4umliches-leitbild-f%C3%BCr-die-metropolregion-hamburg%E2%80%9C.html.

Vielleicht ist noch interessant, dass die Linksfraktion gerade eine **Große Anfrage** über die **Arbeitsbedingungen und das Engagement der Regierungskoalition in der Weiterbildung** beantwortet bekommen hat (Drs. 22/8169 vom 27.5.2022). Findet sich hier: www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/79802/arbeitsbedingungen_und_das_engagement_der_regierungskoalition_in_der_weiterbildung.pdf.



Zu den bisher weitgehend unbekanntenen Opfergruppen gehören die von den Nazis so bezeichneten »Asozialen«, ein Begriff, der bis heute allzu leichtfertig Verwendung findet. Am **Montag, den 4. Juli**, geht es auf einer Veranstaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme um arme und unangepasste Menschen im

nationalsozialistischen Hamburg, konkret um Erna Lieske, die 1943 vom Frauenzuchthaus Aichach ins KZ Auschwitz deportiert und dort vier Wochen später ermordet wurde. »**In Auschwitz ermordet – selbst schuld? Das Beispiel meiner Großmutter.**« Dieser Geschichte spürt die Enkelin Liane Lieske nach, moderiert von Frauke Steinhäuser. Die Veranstaltung findet im **Kulturladen St. Georg** statt und beginnt um 19.30 Uhr, der Eintritt ist frei. Es wird um **Anmeldung** gebeten: www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de.

Die Schulferien gehören wieder für knapp zwei Wochen der von der Patriotischen Gesellschaft organisierten **Kinderstadt Hamburg**. Vom **11. bis 22. Juli** (mit Ausnahme des 16. Juli) gibt es ein umfangreiches Vergnügungs- und Bewegungsangebot am Lohsepark in der Hafencity (Stockmeyerstraße 25). **Täglich von 10.00 bis 16.00 Uhr** können sich Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 15 Jahren darin bewähren, eine eigene Stadt nach ihren Vorstellungen zu planen und zu gestalten. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung nicht vonnöten. Mehr unter www.kinderstadt.hamburg. Durchaus lesenswert ist im Übrigen das mehrseitige



Konzept der Kinderstadt vom April 2022 (<https://kinderstadt.hamburg/wp-content/uploads/2022/05/Fachkonzept-2022.pdf>).

Im Schatten des Elbtowers

Nachbar:innen melden sich zu Wort

Das von vielen Stadtplaner:innen und selbst von Teilen der SPD abgelehnte Bauvorhaben eines 245 Meter hohen Elbtowers lässt die Bedürfnisse, Meinungen und Wünsche der Bewohner:innen aus den Nachbarstadtteilen bisher weitgehend außen vor. Dabei sind gerade sie diejenigen, die von den Auswirkungen dieses dritthöchsten Gebäudes in Deutschland am meisten betroffen sein werden. Die Linksfraktion der Hamburgischen Bürgerschaft lädt daher am **Donnerstag, den 23. Juni**, um 20 Uhr ins **Haus der Jugend Rothenburgsort** (Billhorner Deich 55) ein, um einerseits einen kritischen Blick auf den Stand der Planungen zu werfen, um vor allem aber auch über die Erwartungen, Befürchtungen und Forderungen der Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen.

Eingeladen sind vorrangig Menschen aus den umgebenden Stadtteilen Rothenburgsort, Veddel und Hafencity, willkommen sind aber natürlich auch alle diejenigen, die sich mit diesem mehr als fragwürdigen, gigantomaniischen »Scholz-Gedächtnisturm« auseinandersetzen wollen. Zugesagt haben bereits einige Personen aus den benachbarten Stadtteilen, darunter **Frank Engelbrecht** (Hauptpastor an St. Katharinen) und **Ingo Böttcher** aus Rothenburgsort (Initiative Hamburgs Wilder Osten). Sie werden zusammen mit **Heike Sud-**



Der geplante Wolkenkratzer zwischen den Elbbrücken
(Quelle: www.signa.at/de/real-estate/elbtower-hamburg/)

mann, der stadtentwicklungspolitischen Sprecherin der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, die Diskussion bestreiten.

Elbphilharmonie: Kein Balkon-Eintritt ist alternativlos

Aus dem Büro von Norbert Hackbusch, MdHB

*»Optimismus spart Vorsicht« (Simone de Beauvoir)
»Jede Hamburgerin und jeder Hamburger kann ab heute
hierher kommen und sagen: Das ist unser Balkon, der
größte der Stadt« (Olaf Scholz)*

Eigentlich ist die Elbphilharmonie zu bedauern. Sie wird den Fluch der vermeidbaren Fehler einfach nicht los.

Nur vorweg: Dieser Text soll nicht beiseite wischen, was aus der Elbphilharmonie mittlerweile unbestreitbar geworden ist: Ein angesehenes Konzerthaus mit guten musikpädagogischen Angeboten, in das viele Menschen gerne gehen, um sich gut ausgewählte Musik anzuhören oder die Aussicht auf der beliebten Plaza zu genießen.

Umso bedauerlicher ist es, dass nun schon wieder darüber gestritten werden muss, ob die Elbphilharmonie zu Recht das viel beschworene Etikett »Haus für Alle« verdient. Ein Titel, den der damalige Erste Bürgermeister Olaf Scholz 2016 ebenso im Munde führte, wie die Beschreibung der Plaza als »Balkon« und »Treffpunkt der Optimisten« – frei und offen für alle Bürgerinnen und Bürger. Wohlformulierte, wichtige Worte waren das damals – auch um verloren gegangenes Vertrauen zurückzubekommen.

Wir erinnern uns: Größenwahn, schwindelerregende Planungsfehler, verkorkte Verträge und die daher unvermeidliche Kostenexplosion haben das Projekt Elbphilharmonie zum viel zitierten Millionengrab werden lassen. Politische Erklärungsnot und vermeintliche Einsicht über die Verschwendung haben 2016 zum öffentlichen Versprechen geführt: Ab jetzt kalkulieren wir knapp! Die Elbphilharmonie bekommt nur noch so viel, wie sie unbedingt braucht! Ansonsten muss sie sich selbst tragen. Versprochen! Beschlossen! So weit so... Das nun aber ausgerechnet dieses Versprechen der Grund dafür sein soll, dass Besucher:innen die Plaza nicht mehr ohne Eintritt betreten dürfen, ist leider bittere Ironie:

Schon vor 2016 haben Kritiker:innen, darunter die Linksfraktion, darauf hingewiesen, dass sich strukturelle Defizite, die es auszugleichen gilt, erst nach einigen Jahren zeigen werden – dann nämlich, wenn der Eröffnungstaukel abebbt und der Saal nicht mehr automatisch ausgebucht sein wird, wenn der internationale Place-To-Be-Glamour verfliegen ist, und die spektakulären Eventvermietungen zurückgehen. Nun ist es so gekommen. Niedrig angesetzte Kalkulationen, vertraglich betonierte Minimalspielräume und dazu noch die Corona-Pandemie haben die Elbphilharmonie in die Lage gebracht, die eigentlich nicht eintreten sollte: Sie braucht Cash! Egal woher.

Deshalb wollte der Senat nun, mit der nächsten Drucksache ohne viel Aufhebens und ohne die Bürgerschaft noch mal zu fragen, den Besuch der Plaza für alle kostenpflichtig machen, um aus diesen zusätzlichen Einnahmen das Spielbe-

triebsdefizit der Elbphilharmonie auszugleichen. Ein Schritt, der aus mindestens zwei Gründen problematisch ist:

Erstens bedeutet er nicht weniger als den Bruch eines damals vom Bürgermeister gegebenen Versprechens, das nun ohne weitere Befassung der Bürgerschaft einfach aufgehoben werden soll. Das ist keine Lappalie – die wohlgesetzten Worte über das »Haus für Alle« hatten Gewicht für alle, die sie damals ernst genommen haben.

Vor diesem Hintergrund klingt es besonders herb, wenn der Senat heute so tut, als sei doch seit 2016 klar gewesen, dass der Plaza-Eintritt sowieso fällig werden würde. Der mit-schwingende Subtext: Seid doch froh, dass ihr bis hierhin nicht bezahlen musstet. Zur Legitimation beruft sich der Senat heute immer wieder auf den Beschluss der Bürgerschaft von 2016, in dem allerdings lediglich die Entscheidung über die Bedingungen des Plazabesuchs¹ zu einem späteren Zeitpunkt vereinbart wurde. Dementsprechend hatten damals auch hierzu Kritiker:innen wie die Linksfraktion schon deutlich gesagt: Ein Plaza-Eintritt für Alle darf zu keinem Zeitpunkt zur Debatte stehen.

Und zweitens: Der Senat stellt es so dar, als gäbe es, um das Betriebskostendefizit der Betriebsgesellschaft (ELBG) in Höhe von 2,6 Mio. Euro auszugleichen, keine Alternative zur Erhebung eines Eintrittsgeldes für die Plaza – »insbesondere wenn das Kernprodukt, die Kulturveranstaltungen, nicht durch gesteigerte Mieten verteuert werden solle.«² Anders gesagt: Wenn Ihr nicht wollt, dass Konzertkarten teurer werden, müsst Ihr halt Plaza-Eintritt zahlen. Mit diesem Kniff spielt der Senat den einen niedrigschwelligen Zugang gegen den anderen und Plazabesucher:innen gegen Konzertbesucher:innen aus. Nach dem Motto: Wenn eure Konzerttickets teurer werden, bedankt euch bei denen, die unbedingt umsonst auf die Aussichtsplattform wollen.

Wie mensch es auch dreht und wendet: Ohne weitere Debatte zu behaupten, ein Plaza-Eintritt sei alternativlos, ist weder plausibel noch angemessen. Deshalb ist es gut, dass sich jetzt die Bürgerschaft mit der Frage nach Lösungsvorschlägen beschäftigt, denn Spielräume gibt es: Von zusätzlichen Haushaltsmitteln über vertragliche Neujustierungen bis zu Zugangsmodellen, wie »Pay-as-you-want« – bei letztem könnten alle so viel Geld auf der Plaza lassen, wie sie möchten und nebenbei hätte die Elbphilharmonie endlich mal eine schöne Vorreiter:innenrolle.

Diejenigen, die das »Haus für Alle« ernst genommen haben, verdienen eine klare politische Prioritätensetzung: weiterhin den freien Zugang zur Plaza und kostengünstige Konzerttickets. Die Haltung macht die Musik.

¹ Drucksache 21/2839.

² Sitzung des Kultur- und Medienausschusses, 26. April 2022.

Her mit einem öffentlichen WC in der Osterstraße!

Von Peter Gutzeit, Linksfraktion in der Bezirksversammlung Eimsbüttel

Seit vielen Jahren gibt es ein Toiletten-Problem im Stadtteil Eimsbüttel. Fast 60.000 Menschen leben hier, im gleichnamigen Bezirk Eimsbüttel. Davon zählt ein größerer Teil (12,8%) zur älteren Generation über 64 Jahre. Die Haupteinkaufsstraße ist die Osterstraße, die mit viel Aufwand 2017 erneuert wurde. Doch weder wurde das damals schon aktuelle Thema Tempo 30 dort umgesetzt, noch wurde an die Einrichtung einer Toilette gedacht. Beides hängt den Eimsbüttler:innen bis heute wie Blei an den Füßen.

Wer eine Toilette in der Osterstraße sucht, muss mindestens 600 Meter in ein Café im Park »Am Weiher« laufen oder zum noch weiter entfernten »Else-Rauch-Platz«. Es weisen allerdings, wie fast bei allen zu Cafés umgewidmeten Toiletten, keine Hinweisschilder darauf hin noch sind sie ausreichend gekennzeichnet.

Deshalb wird schon seit 2011 immer wieder die Forderung nach einem öffentlichen und barrierefreien Klo in der Geschäftsstraße, auf dem zentralen Fanny-Mendelssohn-Platz (FMP), erhoben. Selbst die Bezirksversammlung Eimsbüttel griff in mehreren Anträgen und parteiübergreifend die Forderung auf. Doch die zuständigen Behörden, das Management Öffentlicher Raum (MR) in der Bezirksverwaltung und die zuständige Umweltbehörde BUKEA, sitzen diese Forderung mit einem großen Ideenreichtum bis heute aus.

Mal soll der Ort zu gefährlich sein, da sich dort angeblich gefährliche Trinker:innen aufhalten, mal soll kein Platz vorhanden sein. Das, obwohl das ganze Jahr über Würstchen- und Kuchenstände auf dem FMP stehen.



Nur ein schlechter und verschlossener Ersatz: DIXI auf der Osterstraße (Foto: Peter Gutzeit)

Da die Politik allem Anschein nach ohnmächtig ist, schlossen sich jetzt mehrere Eimsbüttler:innen aus verschiedenen politischen Lagern zusammen und initiierten eine Unterschriftenaktion und Petition mit den Forderungen. Trotz Hufeisentheorie und sonstiger Vorbehalte. Die geneigten Leser:innen werden gebeten, die Aktion bzw. die erst vor kurzem entwickelte Petition zu unterstützen und weiterzuleiten: <https://chn.g.it/4Jyp7KhqKF>.

Eine vergleichbare Aktion zur Schaffung einer öffentlichen Toilette läuft zurzeit übrigens auch für den Marktplatz in Sasel. Über 1.000 Unterschriften sind dafür über die »Wald-dörfer Umweltzeitung« bereits gesammelt worden. Mehr Infos unter www.wuzonline.de/2022/05/unterschriftenaktion-fuer-ein-oeffentliches-wc-in-sasel/.

Hamburgs Staatsoper: Kühne Pläne mit einem vergifteten Angebot

Von Heike Sudmann

Er macht seinem Namen alle Ehre: Klaus-Michael Kühne, Hamburger Milliardär mit steuergünstigem Wohnsitz in der Schweiz, verkündete Ende Mai im »Spiegel« kühne Pläne. Zusammen ausgerechnet mit dem Elbtower-Investor René Benko will er für die Stadt eine neue Oper in der HafenCity bauen. Die alte Staatsoper sei ja asbestverseucht und habe eine schlechte Akustik. Gut 400 Mio. Euro solle sein Neubau kosten, der Stadt würde er ein Mietkaufmodell anbieten. Die Staatsoper am Gänsemarkt solle dann abgerissen werden, um Platz für ein Immobilienprojekt der beiden Milliardäre zu machen.

Das ist mehr als ein vergiftetes Angebot. Die Staatsoper trotz Denkmalschutzes mit fadenscheinigen Behauptungen über Akustik und Asbest abreißen zu wollen, zeigt, dass es nicht um die Kultur geht. Auch nicht um die Entwicklung der

Innenstadt, denn die Staatsoper trägt zur notwendigen Belegung der City bei.

Diese Opern-Pläne lassen bei mir die Alarmglocken in den höchsten Tönen schrillen. Denn ganz sicher geht es nicht um ein gemeinnütziges Vorhaben, sondern um knallharte Wirtschaftsinteressen der Herren Kühne und Benko. Oder glaubt irgendjemand, dass das höchste Ziel der beiden nicht die Rendite, sondern z. B. sozialer Wohnungsbau sei? Herr Benko besitzt übrigens bereits viele zentrale Grundstücke in der Innenstadt. Sein Droh- und Druckpotenzial gegenüber Stadt und Senat ist schon jetzt viel zu hoch. Noch eine Bebauung nach seinem Gusto darf es nicht geben.

Die »Hamburger Morgenpost« hat im Kommentar »Kühne sollte lieber Steuern zahlen« (Mopo vom 31.5.2022, S. 2) sehr schön auf den Punkt gebracht, was für die Stadt besser wäre



Die 1955 errichtete Hamburgische Staatsoper an der Großen Theaterstraße (Foto: Heike Sudmann)

als dieses vergiftete Angebot. Der Mann mit dem 33 Mrd. Euro großen Vermögen (andere Quellen sprechen gar von 44 Mrd.) sitze auch mit seiner Firma aus steuerlichen Gründen in der Schweiz. »Würden Leute wie Kühne also normal Steu-

ern zahlen, könnten wir uns ein Dutzend neuer Opernhäuser kaufen. Vor allem würde die Allgemeinheit entscheiden, wofür das Geld ausgegeben wird.«

Glückwünsche zum 100-jährigen Bestehen der SAGA

Und einige Wünsche für die nächste Zukunft

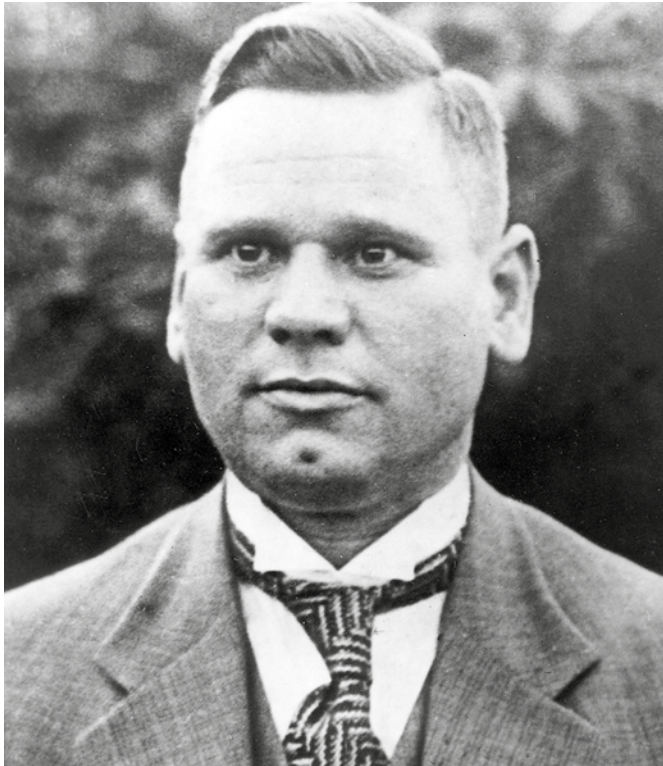
Von der Website der Linksfraktion

Am 29. Dezember 1922 gründete die damals noch preußische Stadt Altona das kommunale Unternehmen SAGA, die Siedlungs-Aktiengesellschaft Altona. Wesentlich inspiriert war diese Gründung durch den jungen Sozialdemokraten Max Brauer (1887–1973), den damaligen Stadtkämmerer und Zweiten Bürgermeister Altonas. Es galt, die Not und den Wohnungsmangel nach dem I. Weltkrieg zu lindern und ein soziales Bauprogramm mit menschenwürdigen Wohnungen auf den Weg zu bringen.

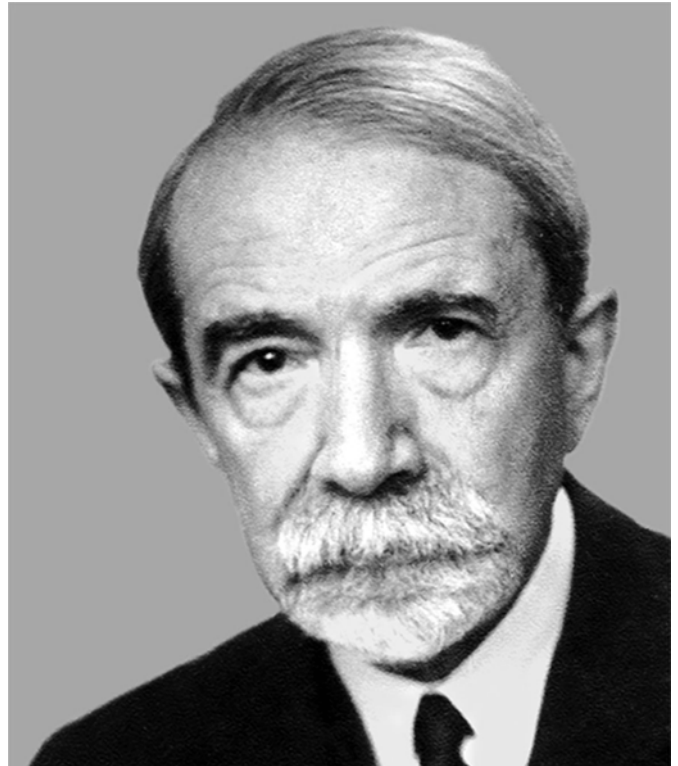


Das erste Logo, bis 1930 im Gebrauch

Ein knappes Jahrhundert später ist die SAGA mit ihren gut 135.000 Wohn- und 1.400 Gewerbeeinheiten die größte Vermieterin der Stadt und zugleich das größte kommunale Wohnungsunternehmen in Deutschland. Die SAGA sorgt damit für den Wohnraum von rund 300.000 Hamburger:innen, also für ein Sechstel der Stadtbevölkerung überhaupt.



Max Brauer (1987–1973), Oberbürgermeister in Altona



Gustav Oelsner (1879–1956), Bausenator in Altona, beide maßgeblich am Aufstieg der SAGA zunächst in Altona beteiligt

Die Linksfraktion gratuliert der SAGA zu ihrem großen Jubiläum und würdigt die bedeutende Rolle dieses stadteigenen Wohnungsunternehmens. Es ist noch gar nicht so lange her, dass es fast privatisiert worden wäre, was glücklicherweise verhindert werden konnte. Die Option einer Privatisierung scheinen sich aktuell nicht einmal die bürgerlichen Parteien auf die Fahnen geschrieben zu haben. Das ist gut so.

Als Linksfraktion wünschen wir uns allerdings, dass die SAGA ihrem in der Satzung fixierten vorrangigen Ziel, »eine sichere und sozial verantwortliche Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung zu angemessenen Preisen« zu schaffen, noch besser nachkommt. Und dies ganz besonders in Zeiten des voranschreitenden Mangels an günstigen Wohnungen und der anhaltenden Mietenexplosion. Da halten wir es mit Max Brauer, der 1947 anlässlich des ersten Vierteljahrhunderts der SAGA zum Gründungsmotiv nach dem I. Weltkrieg sagte: »Die SAGA sollte nach meinen Vorstellungen ein Instrument zur praktischen Überwindung der Krise sein.« Darum geht es auch heute, und deswegen wünschen wir uns und der Hamburger Mieter:innenschaft im Jubiläumsjahr 2022 von der SAGA vor allem dies:

❶ Die Gewinne der SAGA, die in den letzten Jahren jeweils mehr als 200 Mio. Euro ausmachten und bisweilen zum Teil an die Stadt abgeführt wurden, bieten eine solide Basis, um – allemal in Zeiten von Corona und drastischen Anstiegen bei den Lebenshaltungskosten – die Mieten in diesem Unternehmen in den kommenden fünf Jahren einzufrieren bzw. nur um wenige Cent ansteigen zu lassen.

- ❷ Mit erheblich ausgeweiteter Unterstützung der Stadt sollte die mit Eigenkapital gut ausgestattete SAGA daran gehen, die Zielzahlen für die Fertigstellung von öffentlich geförderten Wohnungen des 1. Förderweges sukzessive zu verdoppeln bzw. zu verdreifachen, um dem Sozialwohnungsschwund entgegenzuwirken und ein wieder wachsendes Angebot für rund 340.000 anspruchsberechtigten Haushalte zu schaffen.
- ❸ Um den Anteil bezahlbarer Sozialwohnungen systematisch auszubauen, sollte die SAGA mit der Stadt vereinbaren, dass einmal geförderte Wohnungen nach Wiener Vorbild auf immer preisgebundene Wohnungen bleiben.
- ❹ »Steenkamp: das ist auch heute noch so etwas wie ein Symbol für die SAGA«, hieß es in der Festschrift zum 50. Geburtstag der SAGA 1972. Und dennoch ist dieses Unternehmen später daran gegangen, den sozialen Gründungsmythos der SAGA durch den Verkauf von Wohnungsbeständen im Rahmen des Programms »Endlich meins« zu konterkarieren. Es ist überfällig, dass die SAGA sämtliche Verkäufe von Bestandswohnungen 100-prozentig einstellt (auch in »anprivatisierten« Häusern und aus irgendwelchen »Tranchen«).
- ❺ Eine andere, eine bessere SAGA, das bedeutet auch, die Mitwirkungsmöglichkeiten ihrer Hunderttausende Mieter:innen spürbar zu verbessern. Wichtig wären Mieter:innenräte, wie sie in Berlin teilweise schon existieren. Nur so kann eine städtisches Unternehmen von sich behaupten, ein modernes und demokratisches Unternehmen zu sein.



Zwei interessante Veröffentlichungen zur Hamburger Bau- und Wohnungsgeschichte sind kürzlich herausgekommen: Ein 500-seitiges Buch (25,- Euro) von Sebastian Buchholz über die Altonaer Gartenstadt Steenkamp, die ab 1922 von der SAGA in der preußischen Stadt Altona verwaltet wurde (www.hugendubel.info/detail/ISBN-9783000709029/Buchholz-Sebastian/100-Jahre-Steenkamp). Dadurch steht diese

Siedlung auch mit am Anfang des gesamtstädtischen Wohnungsunternehmens, das in diesem Jahr seinen 100. Geburtstag begehen konnte. Zu diesem Anlass haben die SAGA-Chefs Thomas Krebs und Michael Ahrens eine immerhin auch noch 336-seitige Festschrift herausgegeben, die im Übrigen durch üppiges Fotomaterial besticht (48,- Euro). Wer es nicht ganz so umfangreich und teuer bevorzugt, der kann sich im Netz auch die Geburtstagspräsentation der SAGA anschauen (www.saga.hamburg/unternehmensgruppe/ueber-uns/100-jahre-saga).



Immobilienforum: LINKE unterstützt Gegenprotest

Am 13. Juni tagte das »8. Immobilienforum Hamburg«. Selbstredend mit dem »Hotel Hafen Hamburg« in einer exklusiven Location, zudem mit einem Teilnahmebeitrag von 1.595 Euro all inclusive. Eine Veranstaltung weit entfernt von einer gemeinwohlorientierten Wende in der Wohnungswirtschaft. Mieter:inneninitiativen führten vor dem Veranstaltungsort eine Kundgebung durch und demonstrierten dann zur Außenalster, wo die erlesene Schar aus Wohnungswirtschaft und Politik das Dinner zu sich nahm. Land- und wasserseitig zog sich der Protest auch noch den frühen Abend hin.

Dazu erklärte Heike Sudmann: »Ich empfinde es geradezu als eine Provokation, sich in einer Zeit galoppierender Mieten und rückläufiger Zahlen im (sozialen) Wohnungsbau unter Ausschluss der Mieter:innen über die »Zukunftsperspektiven für den Immobilienmarkt Hamburg« zu verständigen. Was kann da anderes herauskommen als über eine noch optimalere profitorientierte Verwertung von Wohnraum zu diskutieren? Daher stelle ich nicht zuletzt die Frage, warum der Senat diese rein privatwirtschaftlich ausgerichtete Veranstaltung auch noch durch die Anwesenheit hochrangiger Senatsvertreter:innen unterstützt? Um z. B. von Thomas Fründt



Die kleine Demo auf dem Holstenwall (Foto: Christian Diesener)

»Consus Real Etsate AG«) zu erfahren, wie im Holsten Quartier der »lange Weg zur ausgewogenen Quartiersentwicklung« beschritten wird? Ich unterstütze die Proteste von Mieter:inneninitiativen gegen diese Veranstaltung.«

Leider war die Zahl der Teilnehmenden an der Demonstration und den beiden Kundgebungen nur sehr gering. Doch die Bilder, die dabei entstanden, waren dafür umso schöner und bunter. Von daher hier eine kleine Fotostrecke von den Aktivitäten am 13. Juni, die im Wesentlichen von der neuen Volksinitiative »Hamburg enteignet!« organisiert worden war.



Eines der Haupttransparente, das wir sicherlich noch in nächster Zukunft öfters sehen werden (dieses und alle weiteren Fotos von Mathias Thurm)



Guten Appetit! Wünschten die Kundgebungsteilnehmer:innen an der Kennedybrücke

Gegen die Vereinnahmung der Stadt durch immer mehr Außenwerbung

Von Martin Weise, Volksinitiative Hamburg Werbefrei



Aktion anlässlich des Beginns der Unterschriftensammlung am 25. April 2022 auf dem Rathausmarkt (Foto: Bente Stachowske, Hamburg Werbefrei)

Am 25. April hat die »Volksinitiative Hamburg Werbefrei« mit einer Aktion vor dem Rathaus die Phase der Unterschriftensammlung begonnen.

Ziel unserer Initiative ist es, mit direkter Demokratie das sogenannte Werberegulierungsgesetz zu etablieren. Dies ist ein Gesetzentwurf, der durch Änderungen der Hamburgischen Bauordnung der zunehmenden Vereinnahmung der Stadt durch Außenwerbung Einhalt gebieten soll. Neben einem grundsätzlichen Verbot digitaler Werbeanlagen sollen auch bewegte, sehr große und hinterleuchtete Anlagen nicht mehr zulässig sein. Ein vollständiges Werbeverbot streben wir jedoch nicht an. An der Stätte der Leistung (also Geschäften), an Litfaßsäulen sowie an Bushaltestellen und privaten Flächen soll Werbung weiterhin zulässig sein, allerdings unbewegt und maximal im Format DIN A0. Die Hälfte dieser Flächen sollen dabei für Veranstaltungshinweise und nicht-kommerzielle Informationen vorgehalten werden.

Mit diesem ausgewogenen Gesetzentwurf möchten wir Initiator:innen einen Beitrag zu einer schöneren und klimafreundlicheren Stadt leisten. Digitale Werbeanlagen haben einen extrem hohen Stromverbrauch: allein eine einzige Anlage mit beidseitig 10 qm Monitorfläche, wie sie in immer größerer Zahl an Straßenkreuzungen in Hamburg stehen, verbraucht jährlich über 45.000 kWh (das entspricht 30 Ein-Personen-Haushalten). Die Digitalisierung aller Werbeanlagen konterkariert das Klimaschutzgesetz unserer Stadt.

Neben städtischer Ästhetik und Klimaschutz sind Lichtverschmutzung, Verkehrssicherheit, Verbraucherschutz und negative Informationsfreiheit für uns wichtige Beweggründe.

Wir haben sechs Monate Zeit, um 10.000 gültige Unterschriften von wahlberechtigten Bürger:innen aus Hamburg zu sammeln. Wenn wir die Unterschriften abgegeben haben und die Volksinitiative damit zustande gekommen ist, hat der Senat die Möglichkeit, unseren Gesetzentwurf anzunehmen. Sollte er das nicht tun, werden wir im Sommer 2023 das Volksbegehren und 2024 parallel zur Europawahl den Volksentscheid anstreben.

Wir sind eine kleine Gruppe und können jede Unterstützung gebrauchen!

Bitte unterschreibe für unsere Initiative. Du kannst dir die Unterschriftenliste unter www.hamburg-werbefrei.de/jetzt-unterschreiben/ herunterladen oder unter <https://innn.it/Hamburg-werbefrei> eine Liste in einem vorfrankierten Rückumschlag zusenden lassen.

Indem du Unterschriften für unsere Initiative sammelst, kannst du ganz konkret etwas für Klimaschutz und gegen die weitere Kommerzialisierung des öffentlichen Raums unternehmen.

Komm zu unseren offenen Treffen für Interessierte im Centro Sociale (Sternstraße 2), die nächsten Male am **25. Juni** und am **9. Juli**, jeweils von 15.00 bis 17.00 Uhr.

DIE LINKE analysiert sich selbst

Dass DIE LINKE gegenwärtig nicht gerade einen Höhenflug hinlegt, ja, offensichtlich in einer Krise steckt, ist nicht neu. Doch entgegen allen Abgesängen ist die Partei damit intensiv beschäftigt, eigene Fehler aufzuarbeiten und neue Perspektiven zu entwickeln. Wir haben uns deswegen vorgenommen, in nächster Zeit immer mal wieder über die Diskussion innerhalb der LINKEN zu berichten und die eine oder andere interessante Analyse aufzunehmen. Wir beginnen mit einem Abschnitt aus einer im Ende Mai 2022 erschienenen Schrift von Mario Candeias, dem Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS). Der für einige vielleicht überraschende Titel: »Eine Partei mit Zukunft: DIE LINKE«. Die Aussagen basieren auf den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage unter 2.300 Personen in Ost und West. Die 32-seitige Studie gibt es vollständig hier: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Studie_Eine_Partei_mit_Zukunft.pdf. Wir nehmen nachfolgend die Zusammenfassung »für eilige Leser*innen« sowie das Kapitel »Was sind die wichtigsten Gründe, DIE LINKE nicht zu wählen?« auf. Unser Dank geht an die RLS und den Autor.

FÜR EILIGE LESER*INNEN

- ❶ Potenzial der LINKEN noch immer bei 18 Prozent, also fast einem Fünftel der Wahlberechtigten. Das entspräche etwa 10,8 Millionen Wahlberechtigten, die sich vorstellen können, DIE LINKE zu wählen - und dies nicht nur in Städten und im urbanen Raum, sondern auch in kleineren Orten mit 5.000 bis 20.000 Einwohner*innen. Ihr höchstes Potenzial hat DIE LINKE weiter bei Personen mit niedrigem Einkommen: Leben sie in Haushalten mit einem Nettomonatseinkommen bis 1.500 Euro, sind es 22 Prozent, bei Haushalten mit einem Einkommen bis 2.500 Euro sind es 24 Prozent.
- ❷ Ausschlaggebend für eine mögliche Wahl der LINKEN sind die folgenden Zuschreibungen: das »hohe soziale Engagement« der Partei und ihr »Einsatz für soziale Gerechtigkeit« (31 %). Ein weiterer wichtiger Grund für die Wahl (mit einigem Abstand zum sozialen Engagement) sind »gute Konzepte«. »Gute Politiker*innen« folgt erst auf Platz drei. DIE LINKE gilt also weiterhin als eine Partei der (sozialen) Praxis und wird für ihre spezifische programmatische Ausrichtung geschätzt.
- ❸ Maßnahmen zur Verringerung der Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland betrachten potenzielle Wähler*innen der LINKEN (quer durch alle Einkommens- und Altersklassen) auffällig häufig als eher wichtig oder sehr wichtig.
- ❹ Fast ebenso wichtig sind potenziellen Wähler*innen der LINKEN Maßnahmen zum Schutz des Klimas in Verbindung mit einem sozialen Ausgleich. Am stärksten werden solche sozial-ökologischen Forderungen erneut von Ge-



ringverdiener*innen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von bis zu 1.500 Euro befürwortet. Es ist also nicht so, dass die sozial-ökologische Transformation eine Frage der urbanen Mittelschichten mit guten Einkommen (sog. Besserverdienende) wäre, sondern eine Klassenfrage, die von den Ärmsten auch als solche betrachtet wird. Debatten, Forderungen, Programmpunkte und Projekte, die die ökologische mit der sozialen Frage verbinden, können also potenziell mehr leisten, um Wähler*innen zu binden. Eine deutliche Mehrheit von 61 Prozent der potenziellen Wähler*innen der LINKEN wünscht sich demnach von der Partei, sie solle Beschäftigung bzw. gute Arbeit und Klimaschutz als gleichrangige Herausforderungen behandeln (und dies unabhängig von der Größe ihres Wohnorts). Der Forderung, angesichts der ökologischen Krise der Klimapolitik einen Vorrang einzuräumen, stimmten nur 8 Prozent zu (mit 19% sind es vor allem die 50- bis 59-Jährigen, die dies befürworten, sowie mit 21% diejenigen mit

einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.500 Euro). 24 Prozent wünschen sich von der Partei, sie solle sich vor allem für soziale Reformen einsetzen. Es spricht also viel dafür, systematischer an der Entwicklung und Darstellung verbindender Positionen zu arbeiten. Maßnahmen gegen den Klimawandel werden stärker von denjenigen unterstützt, die Gewerkschaften angehören. Der Position, die Partei solle Beschäftigung bzw. gute Arbeit und Klimaschutz gleichrangig voranbringen, also das Soziale und das Ökologische systematisch miteinander verbinden, stimmten Gewerkschaftsmitglieder mit 65 Prozent zu (gegenüber 60% der Nicht-Mitglieder).

- 5 Dass DIE LINKE für mehr Sozialismus eintreten soll, dem stimmen 54 Prozent der potenziellen Wähler*innen zu, und dies quer zu den Einkommensklassen. Vor allem Frauen unterstützen diese Ausrichtung mit 63 Prozent. Je jünger die Befragten sind, desto häufiger stimmen sie dieser Forderung zu (bei den U40: 71%). Dass DIE LINKE stärker für eine Alternative zum Kapitalismus eintreten soll, dafür sprechen sich Gewerkschafter*innen mit 76 Prozent viel deutlicher aus als Nicht-Gewerkschaftsmitglieder. Bei der Forderung nach mehr Sozialismus ist das Verhältnis 62 zu 53 Prozent. Fazit: Es ist also durchaus ein stabiles Potenzial für eine sozial-ökologisch ausgerichtete linke Partei mit sozialistischer Perspektive vorhanden, entsprechende Konzepte und Kampagnen vorausgesetzt. Die Ausschöpfung dieses Potenzials gelingt bisher nicht. Damit dies möglich wird, müssen zunächst die parteiinternen Probleme gelöst und die harten internen Auseinandersetzungen befriedet werden. Nur so können Ausstrahlungskraft und Glaubwürdigkeit gemeinsam zurückgewonnen werden.

WAS SIND DIE WICHTIGSTEN GRÜNDE, DIE LINKE NICHT ZU WÄHLEN?

Am häufigsten (zu 43 %) werden die außenpolitischen Positionen der LINKEN als Grund genannt, warum diejenigen, die sich vorstellen können, DIE LINKE zu wählen, es derzeit nicht tun. Mit Abstand von 20 Prozentpunkten kommen danach als am häufigsten genannte Hinderungsgründe die Ablehnung der LINKEN von Krieg (24%) und die von den LINKEN verfolgte Wirtschaftspolitik (22%). Dabei nennen diejenigen, deren erste Parteipräferenz die SPD ist, die Außenpolitik überdurchschnittlich häufig (zu 60%) als Wahlhinderungsgrund, bei denjenigen, die bei der Bundestagswahl SPD gewählt haben, sind es 55 Prozent. Bei den Anhänger*innen von Bündnis 90/Die Grünen ist die Ablehnung der Außenpolitik der LINKEN noch stärker ausgeprägt

(62% nennen sie als Wahlhinderungsgrund), die Ablehnung der LINKEN von Krieg dagegen taucht nur bei 43 Prozent (und das ist der Durchschnittswert) als Begründung dafür auf, dass sie die Partei nicht wählen. Bei denen, die bei der Bundestagswahl 2021 DIE LINKE gewählt haben, das aber zum Zeitpunkt der Befragung nicht tun würden, liegt die Außenpolitik mit 68 Prozent als Begründung weit vorn. Die Ablehnung von Krieg wurde – obwohl der Befragungszeitraum bereits nach Beginn des Ukraine-Krieges lag – bei den LINKE-Wähler*innen nicht wesentlich häufiger als Grund genannt als im August 2020. Es gab hier einen Anstieg von 21 auf 24 Prozent. Es zeigt sich erneut ein deutlicher Unterschied bei der Wahrnehmung der allgemeinen »Außenpolitik« und der eher wertebasierten »Ablehnung von Krieg«.

Die unterschiedliche Bedeutung wird auch deutlich, wenn nach der Gewichtung der Ablehnungsgründe gefragt wird: Hier steigt die Außenpolitik auf 32 Prozent, die Ablehnung von Krieg sinkt auf 10 Prozent. O-Töne aus der offenen Befragung: »Also das mit dem NATO-Austritt, das ist irgendwie nicht realistisch.« (Wobei anzumerken ist, dass DIE LINKE diesen gar nicht fordert.) Oder auch: »Was nicht ganz gefällt, ist

die Bundeswehrrückbildung, weil Demokratie, die sich nicht wehren kann, ist keine Demokratie.« Auch hier ist zu ergänzen, dass DIE LINKE gar keine Abschaffung der Bundeswehr fordert, aber so sind manchmal die Zuschreibungen, mit denen Parteien konfrontiert sind, wenn sie NATO- oder bundeswehrrückbildung argumentieren.

Umgekehrt werden die friedenspolitischen Positionen der Partei häufig gerade als Grund für die Wahl der LINKEN genannt. Vielfach fallen Sätze wie: »Die einzige Partei, die pazifistisch ist.« Oder: Die ist »gegen Krieg und für sozialen Ausgleich«. Und sie sei »grundsätzlich gegen Waffenlieferungen«. Aber auch: »Ich bin für DIE LINKE, weil die immer gegen Waffenlieferung und Kriege sind. Da bin ich auch dagegen. Aber in der Ukraine, also in diesem Krieg, da sind sie auch gegen die Waffenlieferung, und deswegen bin ich jetzt doch wieder gegen DIE LINKE«. Es ist also nicht so, dass die friedenspolitischen Grundlagen der Partei ein Hinderungsgrund für die Wahl der LINKEN sind. Aus den Kantar-Untersuchungen aus dem August 2020 wissen wir, dass die Ablehnung von Krieg (nach der Sozialpolitik) anders als die Außenpolitik auch ein starker positiver Grund ist, sich für DIE LINKE zu entscheiden. Bei den Nichtwähler*innen spielt der Wahlhinderungsgrund Außenpolitik nur eine unterdurchschnittliche Rolle (17% gaben ihn an). Auch die Wirtschaftspolitik der LINKEN scheint in dieser Gruppe offensichtlich von geringer Bedeutung für die Wahlentscheidung zu sein. Anders ist das bei der Umweltpolitik (hier liegen die Werte bei 20%

Es ist nicht so, dass die sozialökologische Transformation nur eine Frage für die urbane Mittelschicht mit guten Einkommen ist, sondern eine Klassenfrage, die auch von den Ärmsten als solche betrachtet wird.
(Mario Candeias bei der Vorstellung der Ergebnisse)



und damit über dem Durchschnitt von 15%). Überdurchschnittlich viele der Nicht-Wähler*innen gaben »nichts davon« als Antwort auf die Frage an, was sie von einer Wahl der LINKEN abhalten würde, was vermuten lässt, dass noch weitere Gründe für die Nicht-Wahl bestehen. Der Anteil, der angibt, die von der LINKEN verfolgte Flüchtlingspolitik halte sie davon ab, die Partei zu wählen, ist seit August 2020 von 26 auf 15 Prozent gefallen, bei denjenigen, die 2021 Bündnis 90/Die Grünen gewählt haben, sogar auf 5 Prozent. Die von der LINKEN verfolgte Wirtschaftspolitik wird wie auch schon 2020 vor allem von denjenigen als Hinderungsgrund gesehen, die sozialdemokratisch wählen (37 %; Durchschnitt: 22 %; bei Grünen-Wähler*innen: 11 %). Gewerkschafter*innen geben ebenfalls die Außenpolitik der LINKEN, ihre Ablehnung von Krieg, ihre Wirtschaftspolitik und überdurchschnittlich häufig auch ihre Umweltpolitik (23 %; Durchschnitt: 15 %) als Hauptgründe an, warum sie nicht DIE LINKE wählen.

Weitere O-Töne: Immer wieder wird der Zustand der Partei kritisiert, der gegen eine Wahl sprechen würde. Häufig äußern die Befragten Zweifel, ob sie beim nächsten Mal wieder DIE LINKE wählen werden, weil die LINKEN »so zerstritten sind«. »Zeigt sich die Partei wieder organisierter, könnte ich mir vorstellen, sie wieder zu wählen.« Auch andere gaben an, sie schwankten noch. »[DIE LINKE] habe gute Ansätze, aber es scheitert immer an der Umsetzung - und die innere Zerstrittenheit geht gar nicht.« Und grundsätzlicher: »Ich würde nur DIE LINKE wählen, aber ich wähle nicht. Wählen bringt nix«. Oder: »Gute Positionen, aber wenn sie an der Regierung mit dabei sind, kann man es natürlich nicht wissen«.

Kaum eine Rolle scheint bei der Entscheidung für eine (Nicht-)Wahl der LINKEN ihre Geschichte und Herkunft als Nachfolgepartei der PDS bzw. SED zu spielen: Nur einmal wurde angegeben, »wegen der DDR und der Mauer« die Partei nicht wählen zu wollen.

Am 24. Mai wurde die hier in Ausschnitten zitierte Studie »Eine Partei mit Zukunft: DIE LINKE« auf einer Konferenz vorgestellt und diskutiert. Teilnehmer:innen dieser zweistündigen Podiumsdebatte waren **Janine Wissler** (Vorsitzende DIE LINKE), **Alex Demirović** (Vorstandsmitglied der RLS) und **Mario Candeias** (Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der RLS). Den Mitschnitt gibt es hier: www.rosalux.de/mediathek/media/element/1773.

Am 8. Juni hat die RLS übrigens ein weiteres **Grundlagenpapier** vorgestellt und diskutiert. Eine mehrköpfige Arbeitsgruppe mit dem Namen »Zukunft der Partei DIE LINKE« hat einen strategischen Versuch unternommen, den »schreienden Widerspruch« zwischen Potenzial und aktueller Schwäche aufzulösen. Das Ergebnis ist eine **39-seitige Studie**, in der

auf die wichtigsten zehn Herausforderungen für DIE LINKE eingegangen wird. Und wer's genau wissen und das Papier **Eine starke LINKE ist möglich und wird gebraucht!** lesen will, schaut hier: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Broschur_Eine_starke_Partei_DIE_LINKE_Web2.pdf.

Und wer sich im Übrigen für die **aktuellen Positionen der LINKEN** interessiert, der/die sollte ab und an mal auf deren **Homepage** schauen (www.die-linke.de/start/). Neben dem Ukraine-Krieg, sozial-, verkehrs-, umweltpolitischen und vielen anderen Themen ist ein Schwerpunkt zur Zeit die Preisexplosion und die Frage, was DIE LINKE dazu sagt. Und die präsentiert ein **»LINKES Entlastungspaket«**, mit diesen Grundüberlegungen:

Die Mehrheit entlasten

Die LINKE steht für eine Gesellschaft, in der breite Schultern mehr tragen als schmalere. Die Entlastungspakete der Bundesregierung erfüllt trotz des Gießkannenprinzips nicht ihren Zweck. Für die meisten Menschen, die unter den explodierenden Preisen leiden, sind die Entlastungen viel zu gering. Studierende und Rentner*innen bleiben außen vor. DIE LINKE will eine gezielte Entlastung von Menschen mit geringen und mittleren Einkommen.

Krisengewinnler zur Kasse

Mittlerweile ist klar: Der Tankrabbat landet zu erheblichen Teilen nicht bei den Verbrauchern, sondern fließt als Extrage winn in die Taschen der Energiekonzerne. DIE LINKE will die Krisenerträge der Ölkonzerne durch eine Übergewinnsteuer abschöpfen. Mehr unter www.die-linke.de/start/linke-entlastungspaket/.

Deshalb fordert DIE LINKE

<p>1 Eine gezielte Entlastung von Menschen mit geringen und mittleren Einkommen.</p>	<p>2 Eine Staatliche Energiepreiskontrolle und Regulierung der Energiepreise.</p>
<p>3 Die Einführung einer Übergewinnsteuer, die die übermäßigen Gewinne der Energiekonzerne abschöpft.</p>	<p>4 Die Einführung eines kostenfreien bzw. -günstigen Energiegrundkontingents und Verteuerung des darüber hinausgehenden Verbrauchs.</p>

Gedenken an Otto Meissner, den Verleger des Marx'schen Hauptwerks »Das Kapital«

Von Michael Joho



Otto Meissner (1819-1902)

Hamburg und als Verleger Otto Meissner. Jürgen Bönig hat in einem 2017 bei VSA: erschienenen Buch viele wichtige neue Details über »Karl Marx in Hamburg« zusammengetragen, es soll im Herbst eine ebenfalls bei VSA: publizierte Biografie über den Verleger Otto Meissner (1819-1902) folgen.

Dieser war in unserer Stadt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts neben dem Heine-Verleger Julius Campe (1792-1867) sicherlich der bedeutendste Produzent fortschrittlich-demokratischer Literatur sowie einer großen Anzahl wichtiger Hamburgensien. Dazu zählte z.B. der Prachtband »Hamburg und seine Bauten« von 1890, der noch heute unter diesem Titel vom »Architekten- und Ingenieur-Verein Hamburg e. V.« fortgeführt wird.

Meissner ist zwar in Quedlinburg geboren worden und hat sein Buchhändler-Handwerk in Magdeburg erlernt, ab 1842 war seine Wirkungsstätte allerdings Hamburg, zunächst als rechte Hand von Julius Campe (1792-1867), dann als selbstständiger Buchhändler und Verlagsleiter. Seit 1856 lebte er mit seiner Familie bis zu seinem Tod durchgängig in St. Georg, ab 1861 in dem von ihm erworbenen Haus Gurlittstraße 31.

Die Geschichtswerkstatt St. Georg e. V. würdigt nun einen ihrer weithin in Vergessenheit geratenen, aber eigentlich doch berühmtesten Bewohner des Stadtteils. Am **Samstag, den 2. Juli**, 14.00 Uhr, wird am heutigen Gebäude **Gurlitt-**

Wer jemals in den Band 23 der berühmten »blauen Bände« (der Marx-Engels-Werke, kurz MEW) geschaut oder eine andere Ausgabe des Klassikers »Das Kapital. Der Produktionsprozeß des Kapitals« von Karl Marx (1818-1883) herangezogen hat, dem/der wird vielleicht das Faksimile der Titelseite des 1867 erstmalig aufgelegten Werks aufgefallen sein. Da steht nämlich als Erscheinungsort Ham-

straße 31 in einem feierlichen Akt eine **Gedenktafel** für Otto Meissner angebracht. Sprechen werden an diesem frühen Nachmittag die Bildhauerin Ricarda Wyrwol (die die Gedenktafel geschaffen hat, wie schon 1994 das Relief für Carl von Ossietzky, zu sehen am Haus Schmilinskystraße 6), Dr. Kay H. Kohlhepp (Hauseigentümer der Gurlittstraße 31 und deutsch-französischer Verleger mit Sitz in Paris), Dr. Jürgen Bönig (Historiker und Autor), Dr. Susanne Pross (Ur-Ur-Enkelin von Otto Meissner), Dieter Beuermann (letzter Leiter des erst 2021 aufgelösten Meissner-Verlages), Rolf Becker (Schauspieler) und Michael Joho (Vorsitzender der Geschichtswerkstatt und Verfasser der an diesem Tag veröffentlichten Broschüre »Otto Carl Meissner und St. Georg«.

Bereits um 10.30 und 11.45 Uhr finden zwei jeweils einstündige **Führungen durch die Werkstatt von Ricarda Wyrwol** in der Koppel statt. Dafür ist allerdings eine **Vor-anmeldung bei der Geschichtswerkstatt** vonnöten: Tel. 040/571 386 36 (AB) oder per E-Mail an info@gw-stgeorg.de.

Die Gedenktafel ist noch längst nicht finanziert, die Geschichtswerkstatt bittet um Spenden. Mehr dazu findet sich in einem vierseitigen Info zu Otto Meissner unter www.gw-stgeorg.de.



Ricarda Wyrwol vor einem ersten Entwurf für die Meissner-Gedenktafel

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg